

RT DE: News, Analyse und Meinung

Artikel der Woche, 26.07.–01.08.2024

Inhaltsübersicht

News.....	1
Analyse	14
Meinung	31

News

Kreml: Westen fürchtet RT wie das Feuer

<https://dert.tech/russland/213540-kreml-westen-fuerchtet-rt-wie/>

26.07.2024

Kremlsprecher Dmitri Peskow meint, dass westliche Länder RT verteufeln. Der Sender sei in einigen Ländern aus Angst verboten worden. Zu den in Russland gesperrten Plattformen sagte er, diese könnten später wieder freigegeben werden, aber nicht während des Krieges.

Peskow trat am Mittwoch bei einem Medienfestival im Moskauer Gebiet auf und wurde unter anderem gefragt, ob und wann die Plattform Instagram in Russland freigegeben werden könnte. Derzeit ist Instagram in Russland verboten und nur über VPN zugänglich. Der Sprecher des Kremls sagte, der Zugang solle "so schnell wie möglich" wiederhergestellt werden, aber unter "Kriegsbedingungen" sei dies nicht möglich. Die Menschen müssten verstehen, dass es in Kriegszeiten strenge Einschränkungen gebe.

Sobald diese aufgehoben seien, "müssen wir natürlich wieder alle Plattformen nutzen, um unsere Stimme in die Welt zu tragen, um der Welt unsere Wahrheit zu bringen". Als Beispiel nannte Peskow die Situation mit der Schließung russischer Medien in Europa, insbesondere des Fernsehsenders *RT*.

"Eigentlich ist es eine bescheidene, aber effektive und talentierte Organisation", in der "junge und talentierte Leute" arbeiteten, so Peskow. Doch der Westen fürchte und verteufele *RT*, als sei es ein

"globaler Konzern", weshalb er vielerorts per Gesetz verboten sei.

Im März 2022 erklärte Moskau Meta, die Muttergesellschaft von Instagram und Facebook, zu einer "extremistischen Organisation" und begründete dies mit einer Firmenpolitik, die Aufrufe zur Gewalt gegen Russland zulasse. Beide Plattformen sind seitdem offiziell gesperrt. WhatsApp, das ebenfalls zu Meta gehört, darf weiter betrieben werden.

Die EU hatte RT und andere russische Medien innerhalb weniger Tage nach Beginn des Krieges in der Ukraine verboten. Große in den USA ansässige Social-Media-Plattformen wie YouTube wurden unter Druck gesetzt, das RT-Netzwerk weltweit zu sperren. Im Februar 2022 hatte die Medienanstalt Berlin-Brandenburg (MABB) den Sendebetrieb von RT DE untersagt.

* * *

Herstellungskapazitäten für mRNA-Produkte verdreifacht – Wacker-Chemie hofft auf Gewinne

<https://dert.tech/inland/213690-perspektive-fuer-wacker-chemie-herstellungskapazitaeten/>

26.07.2024

Das Bankhaus Warburg rechnet bei Wacker-Aktien mit einer hohen Rendite, trotz aktueller Umsatzeinbußen. Schließlich hat Wacker seine mRNA-Produktion auf das Dreifache erweitert und eine von der Bundesregierung garantierte Impfstoffabnahme. Das gelte für den Fall einer neuen Pandemie.

Die Aktie von Wacker-Chemie verliert weiterhin an Wert. Am Freitag verzeichnete sie einen Verlust von 3,62 Euro und stehe aktuell bei 97,58 Euro berichtete *Finanzen.net*. Finanzanalysten machten dafür die niedrigen Preise in der Chemie-Industrie und einen bereits erwarteten Umsatz-Einbruch verantwortlich. Das Analysehaus Warburg Research rate dennoch zum Kauf der Wacker-Aktie. Die Warburg-Banker hätten "die Einstufung für Wacker-Chemie nach Zahlen auf "Buy" mit einem Kursziel von 152 Euro belassen.

Setzen die Warburg-Analysten möglicherweise in naher Zukunft beim Wacker-Konzern auf hohe Gewinnsteigerungen? Im Juni eröffnete Wacker an seinem Biotech-Standort in Halle (Saale) ein sogenanntes mRNA-Kompetenzzentrum. Fortan können in Halle große Mengen an Wirkstoffen auf Basis von Messenger-Ribonukleinsäure (mRNA) produziert werden. Als Beispiel nennt das Unternehmen in seiner Pressemitteilung vom 3. Juni das dreifache Herstellungspotenzial von mRNA-Impfstoffen gegen das Coronavirus.

In den Ausbau der Produktionskapazitäten habe Wacker 100 Millionen Euro investiert. Ebenfalls beteiligt sei die Bundesregierung, denn dieser stellt das Chemie-Unternehmen einen Teil dieser Kapazitäten zur Verfügung. In der Wacker-Pressemitteilung heißt es dazu: "Ein Teil der neuen Kapazitäten wird der Bundesregierung im Rahmen der Pandemiebereitschaft zur Verfügung stehen, um Deutschland im Bedarfsfall schnell mit Impfstoffen zu versorgen." Bei zukünftigen Pandemien werde Wacker mit seiner Produktion mRNA-Wirkstoffe in großem Maßstab zur Rettung von Menschenleben beitragen.

Denn, so heißt es in der Mitteilung weiter, "mRNA-basierte Wirkstoffe haben während der Corona-Pandemie Millionen von Menschenleben gerettet".

Diese entscheidende und überlebenswichtige Funktion von mRNA-Impfstoffen habe deutlich gemacht, "wie wichtig es ist, auf zukünftige Herausforderungen dieser Art vorbereitet zu sein". Mit dem Ausbau der Produktion habe sich die Kapazität am Standort Halle mehr als verdreifacht. Bei

der Eröffnungsfeier vor rund 300 Gästen aus Politik und Wirtschaft erklärte Wacker-Vorstandschef Christian Hartel:

"Mit unserer Expertise im Bereich der mRNA-Impfstoff-Herstellung leisten wir einen Beitrag im Kampf gegen künftige Pandemien."

Melanie Käsmarker, Geschäftsführerin von Wacker Biotech, erläuterte bei der Eröffnung weitere Anwendungsbereiche von mittels mRNA-Technologie produzierten Wirkstoffen. Die mRNA-Technologie bringe der Medizin insgesamt enorme Fortschritte. mRNA-Produkte könnten auch zur Behandlung von Krebskranken eingesetzt werden. Käsmarker kündigte an:

"Sie gibt uns zum Beispiel die Chance, krebserkrankten Menschen künftig viel zielgerichteter zu helfen."

Mittels einer neuen mRNA-Impfung "sollen Tumorzellen im Körper frühzeitig erkannt und bekämpft werden", gab die *Mitteldeutsche Zeitung* ihre Aussage wieder. Der Wacker-Pressemitteilung zufolge werde man von Halle aus die weltweit steigende Nachfrage nach mRNA-Wirkstoffen bedienen. Mit der Bundesregierung sei vereinbart worden, dass Wacker im Falle einer neuen Pandemie zusammen mit CordenPharma "innerhalb kürzester Zeit 80 Millionen Impfstoff-Dosen pro Jahr" herstellt. Für die Bereithaltung der dafür erforderlichen Produktionskapazitäten und dafür, dass Wacker seine mRNA-Expertise in den Dienst der Bundesregierung stelle, zahlte die Regierung dem Konzern ein jährliches Bereitschaftsentgelt. Dessen Höhe wird in der Wacker-Pressemitteilung nicht genannt.

* * *

Olympia-Eröffnungsfeier: Pompös und woke im Dauerregen mit Céline Dion im Finale

<https://dert.tech/europa/213733-olympia-eroeffnungsfeier-pompoes-und-woke/>

27.07.2024

Bei Dauerregen verfolgten Hunderttausende die vierstündige, mehr als pompöse und aufwendige Show der Superlative an einem sechs Kilometer langen Abschnitt der Seine. Die Athleten fuhren fahnenschwenkend in einer Bootsparade, erstmalig fiel damit das Einlaufen der Nationen in einem Stadion aus.

Die Eröffnungszeremonie für die Olympischen Sommerspiele 2024 in der französischen Hauptstadt Paris beeindruckte bei Betrachtung der rund vierstündigen, minutiös geplanten Show auf vielen Ebenen. Angefangen von dem Novum, dass sich die teilnehmenden Nationen in einem Bootskorso auf einem sechs Kilometer Abschnitt der Seine den Zuschauern vor Ort und an den Bildschirmen weltweit präsentierten.

Dazu geladen laut Medienberichten "100 eigens angereiste Staats- und Regierungschefs, Könige und Königinnen, Prinzen und Prinzessinnen und geladene VIPs". Die Natur begleitete die mehr als bunte und bewusst woke präsentierte Feier mit unerwartetem stundenlangem Regen, dem sich vor allem die Sportler auf den Booten ausgesetzt sahen. Zum Ende der Feier erhob sich die Flamme der Olympischen Spiele in den Tuilerien am Louvre an einem Ballon in den nächtlichen Himmel von Paris, um durch den kanadischen Superstar Céline Dion mit der "Hymne à l'amour" ein glamouröses Finale zu erhalten.

Die Natur machte von Beginn an der Eröffnungsfeier am frühen Abend der jahrelangen Planung des Spektakels, unter Anwesenheit von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und Gattin, einen

dicken Strich durch die Endabrechnung. Die Zeremonie musste unter mehr als erschwerten Bedingungen für die Künstler, Artisten, Zuschauer und vor allem durchnässten Athleten aus insgesamt 206 Nationen durchgeführt werden. Das trübe Grau von Paris wurde jedoch durch die Live-Ereignisse und an den Bildschirmen eingespielten vorbereiteten Kurzfilmchen mehr als bunt und pompös übertrumpft.

Die Macher des Spektakels setzten dabei bewusst durch das komplette Showprogramm auf Verweise von woken, damit queeren Akzenten. An historischen Gebäuden entlang der Seine und auf Pontons auf dem Fluss wurden den Zuschauern in Abständen diese für den Sport vollkommen überflüssige "Message" recht nachdrücklich mehrheitlich durch Tanzdarbietungen präsentiert.

Final gekrönt im Anliegen durch den Auftritt der "Trans-Ikone" Lady Gaga. Zuvor wurde das Bild des christlichen Abendmahls durch eine darstellende Gruppe von unmissverständlich queeren und Trans-Darstellern umdeklariert.

In einem Einspieler waren die Protagonisten des französischen Filmklassikers "Jules et Jim" aus den 1960ern eindeutig als subjektiv umgedeutet bisexuell wahrzunehmen.

Erstmalig in der Geschichte einer Olympischen Eröffnungszeremonie präsentierten sich die teilnehmenden Mannschaften dabei nicht durch den Einmarsch der Nationen in einem Stadion. Auf einer Länge von sechs Kilometern fuhren die der Nässe trotzen Sportler von der Pont d'Austerlitz an zwölf Bühnenbildern mit rund 2.000 Künstlern vorbei bis zum Trocadéro am Eiffelturm, wo dann sehr viele umgehend in das Olympische Dorf zurückkehrten, und ein Teil bis zum Ende der Veranstaltung vor Ort blieb. Die nächsten Tage werden zeigen, ob die Planung der Präsentation in Verbindung mit dem unerwarteten Regen zu sportlichen Ausfällen führt.

Deutschland bringt ein 429-köpfiges Team an den Start und ist in 40 Sportarten vertreten, wovon sich jedoch nur rund 150 deutsche Athleten und 100 Trainer, Betreuer und Offizielle an Bord des vorgesehenen Ausflugschiffes befanden.

Eine mehrminütige Laser-Show am Eiffelturm, unter den Klängen des Disco-Klassikers "Supernature" aus dem Jahr 1977 der französischen Produzenten-Legende Cerrone läutete das Ende und entsprechende zeremonielle Ereignisse der Veranstaltung ein.

Gegen 23:00 Uhr sprachen dann vor dem Eiffelturm die beiden französischen Fahnenträger Mélina Robert-Michon und Florent Manaudou, im Anschluss an die offiziellen Reden des Organisationschefs von Paris 2024, Tony Estanguet (dreimaliger Olympiasieger im Kanuslalom) und IOC-Chef Dirk Bach, stellvertretend für alle Athleten den olympischen Eid. Zuvor wurde im Rahmen einer kleinen Unachtsamkeit die Olympische Flagge falsch herum gehisst, mit dem gelben und dem grünen Ring nach oben und nicht mit den blauen, schwarzen und roten Ringen.

Zum großen Finale nach gut vier Stunden wurde schließlich die goldene Fackel durch Sportlegenden wie dem dreimaligen FIFA-Weltfußballer Zinedine Zidane, Tennis-Legende Rafael Nadal, der Kunstturn-Legende der 1970er, Nadia Comăneci, sowie Ex-Tennis-Star Serena Williams und dem nachweislichen US-Doping-Sünder und Leichtathletik-Star Carl Lewis weiter bis zum Entzünden des Olympischen Feuers auf dem Gelände des Louvre weitergereicht.

Eine Gruppe von französischen Sportpersönlichkeiten trug in einer stetig wachsenden Gruppe die Fackel dann im Rahmen einer bewegenden Geste zu dem 101-jährigen Roger Lebranchu. Dieser vertrat Frankreich bei der Olympiade 1948 im Rudern. Als Überlebender des Konzentrationslagers Buchenwald lebt er heute in Agon-Coutainville.

Im Anschluss an die Entzündung des Olympischen Feuers samt Aufstieg eines Ballons kam es zu dem mit Spannung erwarteten Auftritt der kanadischen Sängerin Céline Dion auf einem Plateau des Eiffelturms. Dion interpretierte die "Hymne à l'amour", ein Klassiker des französischen Stars Édith Piaf aus dem Jahr 1950.

45.000 Polizisten und 15.000 Soldaten sorgten auf den Straßen der französischen Hauptstadt und auf dem Wasser der Seine für die Sicherheit der Veranstaltung. Paris ist nach 1900 und 1924 zum dritten Mal Schauplatz olympischer Wettbewerbe. Bis zum 11. August werden nun 329 Medaillenentscheidungen fallen.

* * *

Image-Investitionen? Russland gewährt anderen Ländern immer mehr staatliche Kredite

<https://dert.tech/international/213693-image-investitionen-russland-gewaehrt-anderen-laendern-immer-mehr-staatliche-kredite/>

28.07.2024

Russland will in diesem Jahr mehr staatliche Kredite an andere Länder und ausländische juristische Personen vergeben als im Vorjahr. Solche Investitionen stärken Russlands Position auf der Weltbühne und bringen Einnahmen für die Staatskasse, so die Experten.

Russische Medien haben erfahren, dass Russland im Jahr 2024 492 Milliarden Rubel (nahezu fünf Milliarden Euro) an staatlichen Krediten an andere Länder und ausländische juristische Personen ausgeben will. Wie aus einer Zusammenfassung der russischen Rechnungskammer hervorgeht, ist dies fast ein Drittel mehr, als ein Jahr zuvor ausgegeben wurde. Dabei geht es vor allem um langfristige Investitionen in die Wirtschaft der Partnerländer, gemeinsame Infrastrukturprojekte sowie um Kredite für den Kauf inländischer Produkte, so die Zeitung *Iswestija*, die Unterlagen zu diesem Thema eingesehen hat.

Russische Behörden geben keine Informationen über die größten Kreditnehmer des Landes heraus, erklären die *Iswestija*-Autoren in einem Bericht. Grund dafür ist die Wahrung des Staatsgeheimnisses. Dennoch lassen sich aus den Daten der Weltbank einige Rückschlüsse ziehen. Die *Iswestija* schreibt:

"Nach den jüngsten Daten der Weltbank belief sich die Gesamtverschuldung des Auslands gegenüber Russland zum Jahresende 2022 auf 28,9 Milliarden US-Dollar (ca. 2,5 Billionen Rubel nach dem Wechselkurs der Zentralbank vom 25. Juli). Im Laufe des Jahres stieg die Verschuldung um fast neun Prozent oder 2,3 Milliarden US-Dollar. Nach Angaben der Weltbank waren die größten Schuldner Russlands Ende des Jahres 2022 folgende Länder:

Weißrussland – 8,2 Milliarden US-Dollar;
Bangladesch – 5,9 Milliarden US-Dollar;
Indien – 3,8 Milliarden US-Dollar;
Ägypten – 1,8 Milliarden US-Dollar;
Vietnam – 1,4 Milliarden US-Dollar.

Bei den meisten Darlehen (28 Milliarden US-Dollar) handelte es sich um langfristige Schulden, also solche mit einer Laufzeit von einem Jahr oder mehr."

Die meisten der von Russland im Rahmen zwischenstaatlicher Abkommen gewährten Darlehen dienen der Finanzierung gemeinsamer kommerzieller Projekte, von denen die russische Regierung

langfristig zu profitieren hofft, so die Autoren der *Iswestija* weiter:

"So unterzeichneten Russland und Iran im vergangenen Jahr ein Abkommen über die Fertigstellung einer 162 Kilometer langen Eisenbahnstrecke zwischen den Städten Rascht und Astara. Dem Abkommen zufolge soll Russland zu diesem Zweck einen Kredit von 1,3 Milliarden Euro von den erforderlichen 1,6 Milliarden Euro bereitstellen. Das Projekt wird ein wichtiges Glied im internationalen Nord-Süd-Verkehrskorridor sein. Die Handelsroute wird Indien, Iran, Russland, Aserbaidschan und eine Reihe anderer Länder miteinander verbinden."

Ähnlich verhält es sich mit den Kernkraftwerken, für deren Bau Russland zwischenstaatliche Darlehen bereitstellt, und zwar in der Türkei, Indien, Bangladesch, Ägypten, China und Ungarn. Der Punkt hier ist, dass die gesamte notwendige Ausrüstung und Wartung von den Kernkraftwerken, die in diesen Ländern mit russischen Krediten gebaut werden, ebenfalls russisch ist.

Der durchschnittliche Betriebszyklus von Kernkraftwerken beträgt etwa fünfzig Jahre. "Es wird davon ausgegangen, dass ein russisches Unternehmen das Kraftwerk während dieser ganzen Zeit instand hält und Steuern an den russischen Haushalt abführt. Dadurch übersteigen die Einnahmen aus solchen Projekten die Beträge der für ihren Bau gewährten staatlichen Kredite um ein Vielfaches", erklärte Alexei Winogradow, erster stellvertretender Vorstandsvorsitzender der RosDorBank, in einem Gespräch mit der Zeitung *Iswestija*.

Solche Darlehen sind für Russland also buchstäblich eine Investition in seine eigene Zukunft und in die Zukunft seiner Wirtschaft. Und Experten glauben auch, dass solche Kreditvergaben eine Form der Interaktion mit befreundeten Ländern sind. Also, eine Art der politischen Annäherung. Die in der Regel für Unterstützung im Ausland sorgt, was sich in verschiedenen Abstimmungen über Resolutionen bei den Vereinten Nationen und den G20 widerspiegeln kann. Das meint Wladimir Tschernow, Analyst beim Unternehmen Freedom Finance Global, in einem Gespräch mit der *Iswestija*. Ihm zufolge führt dies auch zu einem Anstieg der Außenhandelsbeziehungen, was sich im Zusammenhang mit der sanktionsbedingten Neuausrichtung der Exporte und Importe positiv auf die russische Wirtschaft auswirkt.

* * *

"Deutsche Staatsraison hat akademischer Landschaft Schaden zugefügt"

<https://dert.tech/inland/213861-deutsche-staatsraison-hat-akademischer-landschaft/>

28.07.2024

Zunehmende Repression, Zensur und die einseitige Positionierung der Bundesregierung im Nahost-Konflikt haben dem Wissenschaftsstandort Deutschland Schaden zugefügt, analysiert der Völkerrechtsblog. Hinzu kommt eine Bewegung, die zum Boykott der Kooperation mit Deutschland aufruft.

Die Herausgeberinnen des *Völkerrechtsblogs* Sué González Hauck und Isabel Lischewski machen auf den Verlust der Reputation der deutschen Rechtswissenschaften im Ausland aufmerksam. Dafür verantwortlich machen sie zunehmende Repressionen, die in der deutschen "Staatsräson" wurzeln.

"Wir sind uns des Schadens bewusst geworden, den die Durchsetzung der deutschen Staatsraison durch Politiker und die Einhaltung dieser Staatsraison durch Wissenschaftler dem Ruf und der Qualität der deutschen akademischen Landschaft zugefügt haben", schreiben die Autorinnen.

Der Blog sieht sich durch die einseitige Positionierung Deutschlands im Nahost-Konflikt einem Boykott durch ausländische Wissenschaftler ausgesetzt.

Dies sei zum einen der Boykott-Kampagne Strike Germany geschuldet. Zum anderen sei dafür die offene Repression gegenüber renommierten Wissenschaftlern verantwortlich. Als Beispiele werden die Philosophin Nancy Fraser, der Anthropologe Ghassan Hage und der Rektor der Universität Glasgow, Ghassan Abu-Sittah, genannt. Fraser und Hage wurde die wissenschaftliche Zusammenarbeit wegen ihrer israelkritischen Haltung aufgekündigt. Die Universität zu Köln hat die Gastdozentur Frasers kurzfristig abgesagt. Fraser hatte einen offenen Brief "Philosophy for Palestine" unterzeichnet. Hage wurde eine Schmähschrift in der *Welt* zur Stolperfalle. Das Blatt bezichtigte den Anthropologen, der vor allem zu Rassismus forscht, er würde zu Hass gegen Israel aufstacheln. Das Max-Planck-Institut beendete daraufhin die Zusammenarbeit.

"Was für mich eine faire, intellektuelle Kritik Israels ist, ist für sie Antisemitismus nach deutschem Recht", kommentierte Hage den Schritt.

Gegen den Rektor der Universität Glasgow, Ghassan Abu-Sittah, wurde ein Einreiseverbot in den Schengen-Raum verhängt. Grund: Abu-Sittah wollte am Palästina-Kongress in Berlin teilnehmen. Auch seine Meinung zum Nahost-Konflikt weicht von der aus Berlin vorgegebenen Linie ab.

Die Autorinnen des Beitrags sorgen sich um den sich immer weiter verengenden Diskussionsraum in Deutschland. Deutschland sei dringend auf Impulse von außen angewiesen.

Die Entwicklung "ist für uns zutiefst besorgniserregend und sollte alle in Deutschland arbeitenden Menschen beunruhigen, insbesondere weil die deutsche Debatte dringend Perspektiven von außerhalb dessen benötigt, was hierzulande immer noch ganz unironisch als 'herrschende Meinung' bezeichnet wird."

Diese dringend notwendige Perspektive von außen wird jedoch durch Zensur und Repression verhindert. Die Autorinnen rufen zu akademischem Mut und Einheit auf, um die Entwicklung umzukehren. Ob das gelingen kann, ist jedoch angesichts des in Deutschland herrschenden gesellschaftlichen Klimas mehr als fraglich.

* * *

"Für Diplomatie und gegen Kriegsvorbereitung" – BSW knüpft Regierungsbeteiligung an Friedensfrage

<https://dert.tech/inland/213931-fuer-diplomatie-und-gegen-kriegsvorbereitung/>
29.07.2024

Das Bündnis Sahra Wagenknecht will nach den anstehenden Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen mögliche Regierungsgespräche an die Friedensfrage in der Ukraine knüpfen. Die Grünen fallen damit als Koalitionspartner raus, spannend wird der Umgang mit CDU und AfD.

Bei den anstehenden Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen stellt das BSW neben Bildung und Migration auch das Thema Frieden in der Ukraine in den Mittelpunkt – mit diesem Programm liegt es in Umfragen bei 15 bis 20 Prozent. Gegenüber der *dpa* sagte BSW-Vorsitzende Sahra Wagenknecht:

"Die Friedensfrage ist sehr wichtig (...) Viele Menschen sind zu Recht beunruhigt, weil die

Bundesregierung unser Land immer mehr zur Kriegspartei im Ukrainekrieg macht und bisher jedes Bemühen um diplomatische Lösungen vermissen lässt."

Daraus schlussfolgert sie: "Wir werden uns nur an einer Landesregierung beteiligen, die auch bundespolitisch klar Position für Diplomatie und gegen Kriegsvorbereitung bezieht." Denn es sei klar, "dass ein neues Wettrüsten Milliarden verschlingt, die dringend für Schulen, Krankenhäuser, Wohnungen und höhere Renten gebraucht werden".

Ansonsten greift nur die AfD das Thema auf. Beide Parteien sind gegen Waffenlieferungen an die Ukraine und für sofortige Verhandlungen der Ukraine mit Russland. Zuletzt hatten sich mehrere CDU-Politiker offen für eine Zusammenarbeit mit dem BSW gezeigt. Laut dem *Tagesspiegel* trommelt vor allem CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann für eine Koalition mit dem BSW auf Länderebene. Er sagte am Montag: "Wir haben einen Parteitagsbeschluss, weder mit der AfD noch mit der Linken zusammenzuarbeiten" und gab anschließend den Landespolitikern der CDU freie Hand: "Ob die CDU in den Ländern mit dem BSW koalitiert, muss vor Ort entschieden werden." Linnemann betonte auch, dass über die Wagenknecht-Partei noch nicht so viel bekannt sei: "Ich würde gerne mal ein breites Programm von ihr sehen", ergänzte er und betonte:

"Das Programm heißt Sahra Wagenknecht, die durch alle Talkshows tourt und ihre Meinung verbreitet. Die Leute wählen sie aus Protest."

Auch Thüringens CDU-Chef und Spitzenkandidat für die Landtagswahl, Mario Voigt, bekräftigte bereits, dass er eine Koalition im Freistaat nicht ausschließe. Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) gibt sich bislang noch zurückhaltend beim Thema Zusammenarbeit mit dem BSW. Er kenne die Leute dort nicht und habe Sorge, dass deren Landespolitik aus Berlin gesteuert werde, teilt die *Sächsische Zeitung* am Montag mit. Nicht zuletzt dürfte auch die massive transatlantische Propaganda und Befürwortung von Waffenlieferung an die Ukraine von CDU-Chef Friedrich Merz und anderen bekannten Mitgliedern der Union bei vielen Anhängern des BSW für Unbehagen sorgen.

Eine mögliche Koalition mit der AfD hat Sahra Wagenknecht bislang kategorisch ausgeschlossen. Wird der Wählerwille von bis zu einem Drittel der Stimmberechtigten also vor den Wahlen bereits ignoriert?

* * *

Details zu ukrainischem Anschlagplan auf RT-Chefin bekannt gegeben

<https://dert.tech/russland/213972-details-zu-ukrainischem-anschlagsplan-auf/>

29.07.2024

Mehrere Verdächtige aus dem im vergangenen Jahr gescheiterten Anschlag auf Margarita Simonjan wurden identifiziert. Sie waren im Juli vergangenen Jahres festgenommen worden, als sie sich Geld und eine Waffe beschaffen wollten. Nun sind die Ermittlungen abgeschlossen.

Wie die Tageszeitung *Kommersant* am Sonntag berichtete, hat das russische Ermittlungskomitee seine Untersuchung des Anschlagplans gegen die RT-Chefin Margarita Simonjan abgeschlossen.

Im Juli vergangenen Jahres teilten die russischen Strafverfolgungsbehörden mit, sie hätten einen ukrainischen Plan, die Journalistin zu töten, vereitelt, in den eine Gruppe russischer Neonazis verwickelt war, denen 16.000 US-Dollar für die Tat geboten worden war.

"Unseren größten Dank an die Offiziere unserer Strafverfolgungsbehörden für ihre Arbeit, von mir

und meiner Familie", schrieb Simonjan als Reaktion auf den Artikel des *Kommersant* auf ihrem Telegram-Kanal.

Der SBU (der ukrainische Inlandsgeheimdienst) hat dem Bericht zufolge für die Tat Mitglieder der Neonazigruppe Paragraph 88 rekrutiert. Zuvor war der Geheimdienst auf im Internet veröffentlichte Videos gestoßen, auf denen Mitglieder der Gruppe filmten, wie sie Ausländer aus Zentralasien verprügelten.

Die Angreifer wussten dem Bericht zufolge nicht, dass ihre Verhandlungen mit dem SBU von den russischen Strafverfolgungsbehörden überwacht wurden. Als mehrere junge Leute an einem Treffpunkt erschienen, um einen Vorschuss und ein Sturmgewehr in Empfang zu nehmen, wurden sie von Sondereinsatzkräften festgenommen.

Mehr als zehn Personen sollen in den Kriminalfall verwickelt gewesen sein. Einige von ihnen haben andere Angriffe gestanden, bestreiten aber, einen Anschlag auf das Leben von Simonjan geplant zu haben, berichtet *Kommersant*.

Die Beschuldigten erklärten, die versprochene Geldsumme im Voraus verlangt zu haben. Sie hätten jedoch kein Geld erhalten, als sie zu dem von den Organisatoren vorbereiteten Versteck gingen, um das Sturmgewehr zu holen.

Die Zeitung benannte Michail Balashow und Jegor Saweljew als die mutmaßlichen Organisatoren der Gruppe. Die beiden Männer werden wegen versuchten politisch motivierten Mordes, illegalem Waffenhandel, der Erregung von Hass sowie wegen Terrorismus und Extremismus angeklagt.

Im April verkündete der SBU – Kiews Nachfolger des sowjetischen KGB – neue Strafverfahren gegen Simonjan und beschuldigte sie, eine "Propagandistin" zu sein, die "russische Narrative" verbreite und die ukrainische Souveränität bedrohe.

Der Dienst behauptet außerdem, Simonjan habe im Dezember 2023 zum "Massenmord an ukrainischen Kindern" aufgerufen. Es sei ihm jedoch nicht gelungen, Beweise für eine solche Aussage zu liefern.

In einer früheren Nachricht in den sozialen Netzwerken sagte sie, es werde den Ukrainern schwerfallen, den Mord an einer Journalistin und Mutter mehrerer Kinder zu rechtfertigen – aber sie fälschlich zu beschuldigen, zur Gewalt aufgerufen zu haben, würde einen Mord "wesentlich akzeptabler wirken lassen".

* * *

UNO: Hoher Kommissar fordert die Welt zum Überdenken ihrer Beziehungen zu Israel auf

<https://dert.tech/international/214070-vereinte-nationen-fordern-welt-auf/>

30.07.2024

Sonderberichterstatter im Amt des Hohen Kommissars für Menschenrechte der Vereinten Nationen appellieren in einem Schreiben vom Dienstag an die Welt, den politischen und wirtschaftlichen Dialog mit Israel zu durchdenken.

Israel müsse dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs (IGH) in Den Haag vom 19. Juli Folge leisten, fordern die Sonderberichterstatter im Amt des Hohen Kommissars für Menschenrechte (OHCHR) der Vereinten Nationen in einer Erklärung. Israel habe hingegen die

Angriffe auf die Zivilbevölkerung in Gaza und seine natürlichen Ressourcen intensiviert. "Israel muss aufhören, so zu tun, als stünde es allein über dem Gesetz", betonen die UN-Experten in einem am Dienstag veröffentlichten Text.

In dem besagten Gutachten verkündete der IGH, dass die Besetzung des Westjordanlands und Ostjerusalems gegen internationales Recht verstoße und folglich illegal sei. Überdies rief das Gericht Israel dazu auf, die Besetzung der Gebiete so schnell wie möglich aufzuheben, sämtliche Aktivitäten zur Besiedlung des Westjordanlands und Ostjerusalems unverzüglich einzustellen und die jüdischen Siedler zu evakuieren. Israel müsse zudem Reparationen an alle Palästinenser bezahlen, die durch die anhaltende Besetzung Schäden erlitten hätten, hieß es.

Nun appellieren die UN-Sonderberichterstatter in ihrem Schreiben an die Weltgemeinschaft:

"Während der UN-Sicherheitsrat und die Generalversammlung die Strategien zur Gewährleistung eines raschen Endes der illegalen Besetzung prüfen werden, müssen die Staaten unverzüglich alle diplomatischen, politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Israel überprüfen, darunter die Geschäfts- und Finanzbeziehungen, die Pensionsfonds, der wissenschaftliche Austausch und die Wohltätigkeitsorganisationen."

Des Weiteren forderten sie ein Waffenembargo, eine Einstellung aller anderen Handelsbeziehungen, die den Palästinensern schaden könnten. Zudem bestehen die UN-Experten auf gezielten Sanktionen, einschließlich der Einfrierung von Vermögenswerten, gegen israelische Einzelpersonen und Unternehmen, "die an illegaler Besetzung, Rassentrennung und Apartheidpolitik beteiligt sind".

Zuvor hatten die EU und die USA Sanktionen gegen Israelis und israelische Unternehmen verhängt, die für Angriffe auf Palästinenser verantwortlich sein sollen. Als Folge der Strafmaßnahmen werden unter anderem mögliche Vermögenswerte der Betroffenen eingefroren. Jegliche Geschäfte mit den sanktionierten Personen und Organisationen sind untersagt worden.

Seit der Eskalation des Nahost-Konflikts am 7. Oktober 2023 sind im Gazastreifen 39.006 Menschen getötet worden, teilte das Gesundheitsministerium in Gaza kürzlich mit. Weitere 89.818 Menschen seien verletzt worden.

* * *

Russisches Außenministerium: Beloussow warnte Austin vor unkontrollierbarer Eskalation

<https://dert.tech/international/214134-russisches-aussenministerium-beloussow-warnte-austin/>

31.07.2024

Am 12. Juli führte Russlands Verteidigungsminister Beloussow ein Telefonat mit US-Verteidigungsminister Austin. Laut Angaben des russischen Außenministeriums warnte Beloussow die USA angesichts möglicher neuer Provokationen Kiews vor einer unkontrollierbaren Eskalation.

In einem Gespräch mit seinem US-Kollegen Lloyd Austin hat Russlands Verteidigungsminister Andrei Beloussow eine "sehr ernste Warnung" vor "möglichen neuen Provokationen Kiews übermittelt, die ohne die direkte Unterstützung Washingtons undenkbar sind", so der stellvertretende russische Außenminister Sergei Rjabkow gegenüber TASS. Der stellvertretende Minister erklärte:

"Diese Warnung wurde ausgesprochen, um eine weitere gefährliche Eskalation mit

Konsequenzen zu vermeiden, die sich als überhaupt nicht beherrschbar erweisen könnten."

Die Verteidigungsminister hatten am 12. Juli ein Telefongespräch geführt. Zuvor hatten sie bereits am 25. Juni miteinander telefoniert.

Die Zeitung *New York Times* schrieb unter Berufung auf Quellen, Beloussow habe Austin wegen der Informationen angerufen, die Russland über eine geheime ukrainische Operation erhalten habe, die in Vorbereitung sei und von der Moskau annehme, dass sie von den Vereinigten Staaten genehmigt worden sei. Den Gesprächspartnern zufolge wusste Washington nichts von derartigen Plänen Kiews und kontaktierte die ukrainische Seite, um vor deren Umsetzung zu warnen.

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums wurde bei dem Gespräch der Minister "die Frage der Verhinderung von Sicherheitsbedrohungen und der Verringerung des Risikos einer möglichen Eskalation erörtert". Ein Pentagonsprecher sagte, Austin habe die Bedeutung der Aufrechterhaltung der Kommunikationskanäle mit Russland betont.

* * *

In eigener Sache: Deutsche Telekom blockiert und zensiert die Inhalte und den Newsletter von RT DE

<https://dert.tech/inland/214183-in-eigener-sache-deutsche-telekom/>

31.07.2024

Nicht nur die Angriffe auf die Website von RT DE dauern nach wie vor an. Seit einiger Zeit erreichen die Redaktion Rückmeldungen unserer Leser, dass selbst der Bezug unseres Newsletters, der per E-Mail verschickt wird, von Internet-Anbietern verhindert wird.

Jahrelang schien es keine Probleme zu geben: Der Newsletter von *RT DE* erreichte täglich seine Abonnenten. Selbst die erste große Sanktions- und Zensurwelle ab dem Winter 2022 änderte daran nichts.

Doch seit Juni 2024 häufen sich die Zuschriften von *RT DE*-Lesern, die bei der Redaktion nachfragen, warum der Newsletter nicht mehr regelmäßig oder gar nicht mehr in ihrem E-Mail-Postfach ankommt. Diese Störungen gehen nicht auf das Konto von *RT DE*, sondern verantwortlich für diese Blockade sind die Internet-Provider. Dies haben wochenlange Beobachtung und Tests unsererseits ergeben.

Unter den großen Internet-Konzernen tut sich die Deutsche Telekom ("Erleben, was verbindet") besonders eifrig bei der Zensur von *RT DE* hervor. Wer unseren Newsletter mit einer E-Mail-Adresse des Bonner Konzerns – erkennbar am Domänenteil "**t-online.de**" – abonniert hat, wird innerhalb kürzester Zeit nicht mehr von der Telekom Deutschland GmbH, so die offizielle Firmenbezeichnung, mit unserer Rundmail beliefert. Auch Neubestellungen des *RT DE*-Newsletters mit einer anderen t-online.de-Adresse (Alias-Adresse) nutzen nichts. Die Telekom blockiert schlicht den Versand – und schränkt so die Informationsfreiheit ihrer Kunden ein. Das kann so weit gehen, dass selbst E-Mails, die auch nur Links zur Website von *RT DE* oder anderen *RT*-Inhalten enthalten, zensiert werden.

Soweit man im Moment feststellen kann, besteht – abgesehen von Beschwerden bei Ihrem Telekom-Anbieter – die einzige Abhilfe darin, für den Bezug des *RT DE*-Newsletters eine andere E-Mail-Adresse einzurichten – und zwar möglichst bei einem Dienst, der seinen Sitz weder in Deutschland noch in der EU hat. Es gibt eine Reihe von Gratis-E-Mail-Anbietern, auch in nicht-westlichen Ländern, die dafür infrage kommen.

Wir bedauern diese Unannehmlichkeiten, auf die wir leider keinen Einfluss haben, und hoffen, dass Sie uns auch weiterhin gewogen bleiben!

Ihre RT DE-Redaktion

* * *

Potsdamer "Remigrationstreffen": Ulrich Vosgerau vor dem OLG Hamburg erfolgreich

<https://dert.tech/inland/214233-potsdamer-remigrationstreffen-ulrich-vosgerau-vor-gericht-erfolgreich/>

01.08.2024

Verfassungsrechtler Ulrich Vosgerau war unter den Teilnehmern jenes "Geheimtreffens" in Potsdam, das Anfang des Jahres für viel Aufregung in Deutschland sorgte. Vosgerau zog gegen die aus seiner Sicht unwahre Berichterstattung unter anderem der "Tagesschau" vor Gericht und erreichte nun in zweiter Instanz einen Etappensieg.

Gegen die offenbar manipulative Berichterstattung deutscher Mainstreammedien über das "geheime" Treffen in Potsdam, bei dem angeblich über "Remigration" gesprochen wurde, konnte einer der Teilnehmer in der vergangenen Woche einen Etappensieg erzielen. Bei dem siegreichen Kläger handelt es sich um Verfassungsrechtler und AfD-Anwalt Ulrich Vosgerau.

Das Hanseatische Oberlandesgericht (OLG) untersagte dem *Norddeutschen Rundfunk (NDR)*, der für die *Tagesschau* verantwortlich ist, "in Bezug auf" Vosgerau zu berichten, dass auf dem Potsdamer Treffen auch eine Ausweisung von Staatsbürgern diskutiert worden sei. Der Beschluss des OLG vom 23.07.2024, Az. 7 W 78/24, liegt der juristischen Plattform *LTO* nach eigenen Angaben vor, sie hatte bereits am Freitag darüber berichtet. Die obersten Landesrichter änderten auf Berufung Vosgeraus die Entscheidung des Hamburger Landgerichts ab, welches dem *NDR* noch recht gegeben und Vosgeraus Unterlassungsantrag abgelehnt hatte.

Die *Tagesschau* hatte die *Correctiv*-Recherche wie viele andere Medien aufgegriffen und behauptet, dass in Potsdam über die Ausweisung von deutschen Staatsbürgern diskutiert wurde. Dieser Darstellung widersprachen alle Teilnehmer, die sich öffentlich dazu äußerten, sie ergibt sich offenbar auch nicht aus den Erkenntnissen von *Correctiv*. Entsprechend sah das OLG darin nun eine unwahre Tatsachenbehauptung.

Was auf dem Treffen diskutiert worden sei und was nicht, sei eine Frage, die dem Wahrheitsbeweis zugänglich sei, so die Richter. Die Unwahrheit der Aussagen stellte das Gericht nicht nach einer abschließenden Beweismittelprüfung fest, sondern nur – wie im zivilrechtlichen Eilverfahren vorgeschrieben (§§ 920 Abs. 2, 936 Zivilprozessordnung) – im Wege der Glaubhaftmachung. Dafür reicht, dass das Gericht die Beweistatsache (hier die Unwahrheit der Äußerung) nach Sichtung der Beweismittel für überwiegend wahrscheinlich hält, erläutert *LTO* den Inhalt und die Bedeutung des Beschlusses.

Der Senat hielt die von Vosgerau vorgelegten eidesstattlichen Versicherungen mehrerer Teilnehmer des Treffens für glaubhaft, wonach eine Ausweisung von Staatsbürgern nicht Thema des Treffens war. Der *NDR* habe dem nicht viel entgegenzusetzen gehabt; der Sender habe lediglich auf Medienberichte und der Mitteilung von *Correctiv* verwiesen.

Das OLG ließ offen, ob *Correctiv* selbst unwahr berichtete. Im Tatsachenteil seines Berichts findet

sich die Aussage, dass über Ausweisungen von Staatsbürgern mit Migrationshintergrund diskutiert worden sei, so nicht eindeutig. Das "Recherchekollektiv" steht dafür in der Kritik, in der Reportage mit vielen "wirkmächtigen Meinungsäußerungen" zu arbeiten, "die ein Fehlverständnis vom eigentlichen Geschehen zur Folge haben können".

Bemerkenswert ist nach Auffassung der *LTO*-Experten an dem Beschluss des OLG zum *Tagesschau*-Bericht besonders, dass Vosgerau darin namentlich nicht benannt wird. Der *NDR* hatte deshalb argumentiert, dass ihm bereits die für den Unterlassungsantrag erforderliche individuelle Betroffenheit fehle. Die Vorinstanz war dieser Argumentation gefolgt.

Für die abweichende Position des OLG war maßgebend, dass der *Tagesschau*-Bericht die Recherche von *Correctiv* ausdrücklich aufgreift und verlinkt und Vosgerau dort mehrfach namentlich als Teilnehmer des Treffens benannt wurde. Um Unterlassungsansprüche geltend zu machen, reiche es aus, dass die Person "durch eine Berichterstattung erkennbar" sei, es genüge "die Möglichkeit einer Identifizierung durch eine mühelose Recherche". Durch die Bezugnahme und Verlinkung der *Tagesschau* auf *Correctiv* sei dies gegeben gewesen, argumentierte das OLG und gab Vosgerau auch in diesem Punkt recht.

* * *

Analyse

Bloomberg riecht den arktischen Braten: Moskaus eigener Handelsweg wächst und gedeiht

<https://dert.tech/russland/213674-bloomberg-riecht-arktischen-braten-moskaus/>

26.07.2024

Die historisch etablierten, unabdingbar gewordenen Handelsrouten Eurasiens sind bedroht. Westliche Finanzblätter versuchen so unbegeistert wie möglich über die Tatsache zu berichten, dass ausgerechnet Russland schon längst eine ful-mi-nante Alternative betreibt.

Von Elem Chintsky

Seit nunmehr zweieinhalb Jahren läuft ein ganz eigener Krieg der Wahrnehmungen in den weltweit polarisierten Medien. Wird sich Russland der verfaulten, bankrotten Interpretation der "internationalen Rechtsordnung" des Westens beugen müssen, oder nicht? Wirken die Sanktionen gegen die Russen – ja oder nein? Im Westen selbst und unter all seinen Unterstützern weltweit (diese Zahl sinkt), sind das immer noch strittige und spannende Fragen, die wie durch Zauberhand unbeantwortet bleiben.

Nicht nur für die prowestlichen Ukrainer ist es wichtig, die durchaus falsche Annahme, dass Moskau die kriegerische Auseinandersetzung in Osteuropa "verlieren wird" zu glauben – auch die westlichen Steuerzahler müssen überzeugt bleiben, dass sie weiterhin im Raum der moralischen Überlegenheit verweilen und Russland im Rahmen eines moralischen Imperativs irgendwann "verlieren muss".

Der Genozid an den Palästinensern durch israelische Hand – unterstützt von den USA, der EU und dem Großteil ihrer Subjekte – rüttelt bereits etwas an diesen tief verwurzelten, dickköpfigen Überzeugungen. Aber auch Neuigkeiten, dass Russland nicht nur mit dem Internationalen Nord-Süd-Transportkorridor (INSTC), sondern mit seiner Nördlichen Seeroute (NSR) maßgebende Alternativen zu der Passage durch den Suezkanal ausbaut, müssen meist eher in der westlichen Berichterstattung fehlen, damit die falsche Wahrnehmung, wie weiter oben beschrieben, auf zittrigen Stelzen balancierend stehen bleiben kann.

Eine Ausnahme erschien kürzlich bei der US-amerikanischen Finanznachrichtenplattform *Bloomberg*. Der Autor arbeitet auf der höchsten Stufe der Didaktik und offenbart, dass "westliche Sanktionen und Huthi-Angriffe Russlands arktische Seeroute attraktiver machen". So vermutet er, dass "mehr Schiffe sich wahrscheinlich für die kürzere und sicherere Route nach Asien entscheiden werden". Wer wartet aber in Asien? Nur die weltweit größte Wirtschaftsmacht – einer der engsten Partner Russlands, die Volksrepublik China.

Peking wurde von den USA zur ähnlichen Zeit de facto zur größten Bedrohung für nationale Sicherheit ausgerufen. Als Vorwand benutzen sie die notfalls mit militärischen Mitteln "aufrecht zu erhaltene Unabhängigkeit Taiwans". Dafür haben sich die US-amerikanischen Eliten parteiübergreifend vom Ein-China-Prinzip abgekoppelt – obwohl sie sich völkerrechtlich zu ebendiesem noch im Oktober 1971 gegenüber Peking verpflichtet hatten.

Die Chinesen sind im Ausbau und im Investment dieses nördlichen Handelsweges in der Arktis tief gegenüber den Russen verpflichtet. Die Verträge und Finanzierungsprogramme für die noch

geplante Infrastruktur entlang der NSR suchen in der westlichen Welt ebenfalls vergebens ihresgleichen.

Bloomberg macht auf die Tatsache aufmerksam, dass "die Wasserstraße im vergangenen Jahr mit einer Rekordmenge von 36 Millionen Tonnen Fracht passiert wurde, wovon mehr als die Hälfte supergekühltes Flüssigerdgas war". Hier beziehen sie sich auf Aussagen der staatlichen Atombehörde Russlands Rosatom, welche auch signifikant am Betrieb auf der NSR beteiligt ist und mit ihrer Innovation anderswo – nämlich im Bereich der Nukleartechnologie allgemein – die Hälfte des weltweiten Marktes dominiert.

Man bedenke auch, dass Russland selbst noch im Jahr 2022 eine Prognose von nur jährlich 25 Millionen Tonnen verfrachten Erdöls für das Jahr 2025 aufgestellt hatte. Dieses energiepolitische Ziel wurde mit weit über 18 Millionen Tonnen an solcher Fracht für das Folgejahr (2023) bereits fast erreicht.

In dem *Bloomberg*-Artikel wird nicht nur von den argen "westlichen Sanktionen" (mit denen Russland vermeintlich so sehr zu ringen hat, dass es laut dem Internationalen Währungsfonds (IMF) im wirtschaftlichen Wachstum neue Rekorde schlägt) gesprochen, sondern auch über die "Entscheidung russischer Tanker", die Handelsroute durchs Rote Meer und somit durch den Suezkanal aufgrund der rasant steigenden Risiken vor Ort zugunsten der NSR aufzugeben – verpasst wird aber zu erwähnen, was all die anderen Frachter für Alternativen haben sollen.

Sind sie doch nicht genauso, wenn nicht sogar weitaus mehr, von den kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den jemenitischen Huthi-Rebellen und Israel im Roten Meer Risiken betroffen? Laut der geostrategisch-moralischen Ratio der Huthi, sind es eben viel eher die westlichen Tanker, die extremem Risiko ausgesetzt sind – die Huthi haben seit Ende 2023 mehrmals zu verstehen gegeben, dass Transportfrachter von Ländern, die den vorsätzlichen Genozid Israels an den Palästinensern unterstützen, an ihrer Passage gehindert werden, als die von zum Beispiel Russland.

Hier wird durch *Bloombergs* Publizistik die Wahrnehmung kreiert, dass nur russische Transportschiffe irgendwelche mittelfristigen Vorteile von der Beanspruchung der NSR hätten. Gleichzeitig wird verweigert, einen objektiven Direktvergleich zwischen der Handelsroute durch den Suezkanal und den von Russland und China geradezu monopolistisch kontrollierten Seeweg durch die arktischen Gewässer vorzunehmen: Was durch den Suezkanal 48 Tage dauert, nimmt durch die NSR nur 19 Tage in Anspruch – eine Senkung des Zeitaufwandes um 60 Prozent. Auch Treibstoff- und Personalaufwand für diese Strecke sind exzessiv niedriger.

Sicherlich handelt es sich um ökonomische Argumente, die irgendwann auch andere Länder, auch westliche, bemerken sollten. Außerdem hat Russland die einzigen nuklear betriebenen Eisbrecher (siehe die bereits erwähnte Innovation Rosatoms) weltweit und somit ein exklusives Monopol, um mit der Vereisung der Gewässer im Norden zurechtzukommen – Tendenz weiter steigend. Das bedeutet auch, dass in absehbarer Zukunft perspektivisch eine umfangreiche Erhöhung des Handelsvolumens entlang der NSR vorgesehen ist – zum Beispiel durch Mitglieder der ohnehin steigenden Zahl von BRICS-Staaten.

Erst im vergangenen Februar wollte das World Economy Forum (WEF) die NSR noch nicht in ihren "Top 5-Seehandelsrouten" nennen, aber zeitnah wird sich das wohl ändern müssen, wenn man einen Restfunken Glaubwürdigkeit erhalten möchte.

Elem Chintsky ist ein deutsch-polnischer Journalist, der zu geopolitischen, historischen, finanziellen und kulturellen Themen schreibt. Die fruchtbare Zusammenarbeit mit RT DE besteht

seit 2017. Seit Anfang 2020 lebt und arbeitet der freischaffende Autor im russischen Sankt Petersburg. Der ursprünglich als Filmregisseur und Drehbuchautor ausgebildete Chintsky betreibt außerdem einen eigenen Kanal auf Telegram, auf dem man noch mehr von ihm lesen kann.

* * *

Analyse: Ukrainisches Energiesystem bricht bereits im Sommer zusammen

<https://dert.tech/international/213377-ukrainisches-energiesystem-bricht-bereits-im/>
27.07.2024

Nach EU-Angaben sind 70 Prozent der ukrainischen Energieerzeugerkapazitäten zerstört, allerdings kann die EU nicht helfen. Bereits jetzt wird in der Ukraine der Strom für zehn bis zwölf Stunden pro Tag abgeschaltet. Die Szenarien für den Winter sind noch düsterer.

Von Olga Samofalowa

In der Ukraine sind 70 Prozent aller Energieerzeugerkapazitäten zerstört worden, behauptete der EU-Chefdiplomat Josep Borrell im Vorfeld des Treffens der Außenminister der Europäischen Union. Nach seinen Angaben planen die Minister, über eine verstärkte Unterstützung von Kiew im Bereich der Energie zu sprechen.

Der Leiter des ukrainischen Außenamtes, Dmitri Kuleba, behauptete, dass sich fünf Maßnahmen zur Unterstützung der Energieerzeugung in Arbeit befinden würden. Dabei handele es sich um eine Verstärkung der Luftabwehr, die schnelle Reparatur der Energieobjekte, eine Dezentralisierung des Energiesystems, die Steigerung des Imports aus der EU sowie das Heranziehen von Mitteln von Partnern.

Indessen wird in der Ukraine landesweit für bestimmte Zeiten der Strom abgeschaltet, obwohl der Stromimport den mit Europa vereinbarten Höchstwert von 1,7 Gigawatt bereits erreicht hat. Die Ukraine versucht, Europa zu einer Steigerung des Imports auf zwei Gigawatt zumindest zum Beginn der Heizperiode zu bringen.

Dennoch weigere sich die EU aufgrund eigener Probleme, die Stromlieferungen zu vergrößern, behauptete Anfang Juli der Leiter der ukrainischen Union von Konsumenten kommunaler Dienstleistungen, Oleg Popenko. Gleichzeitig werde selbst ein gesteigertes Importvolumen den Energiebedarf unter gegenwärtigen Bedingungen nicht decken können, sagte die Vizechefin des ukrainischen Energieministeriums, Swetlana Grintschuk.

Die Führung der Ukraine räumt ein, dass der bevorstehende Winter und die Heizperiode schwierig sein werden. Der ehemalige Minister für Energie- und Kohleindustrie der Ukraine, Iwan Platschkow, sagte voraus, dass die Saison für das Land zu einer Katastrophe werde und empfahl den Bürgern, nach Häusern auf dem Land zu suchen, die mit Brennholz beheizt werden könnten.

Das Energiesystem befindet sich jetzt schon in einer kritischen Lage, weswegen die Regierung massenhafte Stromabschaltungen eingeführt hat. Nach unterschiedlichen Angaben wird der Strom für zehn bis zwölf Stunden pro Tag abgeschaltet.

Die Lage verschärfte sich wegen der anomalen Hitze, die zu einer verstärkten Belastung der Energieinfrastruktur führte. "Im Sommer versuchen alle, sich mit Elektrogeräten abzukühlen. Deswegen wird die Situation durch den zunehmenden Verbrauch verschlimmert, und Bedarfsspitzen kommen inzwischen nicht nur im Winter, sondern auch im Sommer vor", sagt Igor

Juschkow, Experte der Finanzuniversität bei der Regierung Russlands und des Fonds für nationale Energiesicherheit. Der ukrainische Stromnetzbetreiber Ukrenergo meldete, dass wegen der anomalen Hitze der Stromverbrauch einen Höchstwert erreicht und die Erzeugungskapazitäten der ukrainischen Kraftwerke erheblich überschritten habe.

Darüber hinaus habe die Ukraine seit Anfang 2024 Kraftwerke mit Erzeugungskapazitäten von neun Gigawatt durch russische Angriffe verloren, etwa 80 Prozent der Wärmekraftwerke und ein Drittel der Wasserkraftwerke seien zerstört, so Ukrenergo weiter.

"Die Situation wird durch planmäßige Reparaturen an Kraftwerken, vor allem an Atomkraftwerken, verschärft. Darüber hinaus gab es in der vergangenen Woche einen Notfall am südkrainischen Atomkraftwerk", sagt der Wirtschaftswissenschaftler Iwan Lisan. Ukrenergo meldete, dass am 16. Juli die Ausrüstung an einem der Energieobjekte, vermutlich dem südkrainischen AKW, ausfiel und das Energiedefizit im System zugenommen habe. Schließlich wurden vier planmäßige Stromabschaltungen am Tag eingeführt, wodurch 70 Prozent der Konsumenten für insgesamt zwölf Stunden keinen Strom hatten.

"Die Grundlage des Energiesystems der Ukraine sind die Blöcke von Atomkraftwerken, die gegenwärtig aktiv repariert werden, was zusätzliche Probleme herbeiführt. Faktisch arbeiten jetzt nur noch die Atomkraftwerke im Normalbetrieb. Doch ihre Besonderheit besteht darin, dass sie immer mit der gleichen nominalen Leistung arbeiten. Es ist nicht möglich, die Leistungen der AKWs in der Ukraine zu manövrieren. Üblicherweise wird das Energiesystem mit den Leistungen von Wärme- oder Wasserkraftwerken ausgeglichen, beispielsweise während der Bedarfsspitzen am Morgen, wenn alle aufwachen, oder am Abend. Doch gegenwärtig können die Bedarfsspitzen nicht ausgeglichen werden, Wärme- und Wasserkraftwerke schaffen es nicht, deswegen führt die ukrainische Führung vorübergehende Stromabschaltungen ein. Die Ukraine gleicht das Energiesystem mit Abschaltungen von Konsumenten aus, statt neue Kraftwerke einzuschalten, weil es schlicht keine gibt", erklärt Igor Juschkow.

"Ein Defizit gab es ohnehin, doch jetzt wurde es nur noch größer. Es ist unmöglich, es durch Umleitungen aus Europa abzudecken. Diese Umleitungen sind auf 1.700 Megawatt beschränkt, doch in Wirklichkeit waren sie vor wenigen Tagen mit bis zu 1.100 Megawatt noch kleiner. Wir sehen also, dass die EU nicht einmal in der Lage ist, den Höchstwert von 1.700 Megawatt einzuhalten, was auch schon zu wenig war", sagt Lisan.

Dem Experten zufolge gebe es in Europa selbst nicht so viel Energie. Dazu ist sie um ein Vielfaches teurer als in der Ukraine, weswegen Europa keine Anreize hat, sie an den Nachbarn zu verkaufen. Damit die EU ein kommerzielles Interesse daran erhalte, müssten die Preise in der Ukraine auf 20 Griwna (umgerechnet 45 Cent) pro Kilowatt erhöht werden, erklärt Lisan. Gegenwärtig beträgt der Preis 2,6 Griwna beziehungsweise 4,8 Griwna bei einem Verbrauch über 100 Kilowatt.

"Die Ukraine importiert täglich Strom aus Ungarn, der Slowakei, Polen und Rumänien. Das sind die Hauptlieferanten der Energie. Ein wenig Strom gibt der Ukraine Moldawien über das moldawische Kondensationskraftwerk, das Russland gehört. Damit leistet Russland ebenfalls einen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Energiestabilität in der Ukraine. Das Kraftwerk kann nicht abgeschaltet werden, weil sonst das gesamte Transnistrien und ein Teil Moldawiens ohne Strom bleiben würden. Doch die Hauptfunktion von Moldawien ist der Stromtransit aus Rumänien", sagt Juschkow.

Fertige Ausrüstung wird Europa kaum an die Ukraine liefern können, weil sich Energiesysteme der EU und der Ukraine stark unterscheiden und Europa keine Ersatzteile für Kraftwerke, die in der Sowjetunion gebaut wurden, hat. "Die EU kann nichts reparieren. Erstens ist die Spannung unterschiedlich. Zweitens werden ihre Spezialisten nicht aus unklaren Gründen in die Ukraine

reisen. Es sind nicht die Russen, die nach Mariupol gingen und dort die Umspannwerke reparierten. Drittens gibt es in Europa keine Ersatzteile für Kraftwerke, die in der Sowjetunion gebaut wurden. Wozu sollten sie auch sowjetische Kraftwerke reparieren, wenn sie die Ukraine auf Windkraftwerke und Solaranlagen umstellen wollen. Für so etwas könnte die EU das Geld geben", sagt Lisan.

Den Winter unter Bedingungen des Energiedefizits zu überstehen, wird tatsächlich schwierig sein. "Mit Energieobjekten in einem solchen Zustand hat die Ukraine noch keinen Winter durchlebt. In diesem Winter war die Lage in der Ukraine anders. Eine neue Welle von Angriffen gegen Energieobjekte der Ukraine begann genau nach dem 1. April 2024, nachdem die Heizsaison beendet wurde. Vermutlich war es eine politische Entscheidung der russischen Führung, damit einfache Menschen während des kalten Wetters nicht leiden", sagt Juschkow.

"Heute überlebt die Ukraine hauptsächlich wegen der Atomkraftwerke, die nicht angegriffen werden, um mögliche Anschuldigungen zu minimieren, dass Russland angeblich eine Nuklearkatastrophe provoziere. Die Ukraine dagegen versuchte durchaus, russische Nuklearobjekte anzugreifen", fügt er hinzu.

Juri Koroltschuk, Experte des Instituts für Energiestrategien, umriss mehrere Szenarien, wie die Ukraine die Heizsaison im kommenden Winter durchstehen könnte. Gute gibt es darunter nicht. Nach dem Basisszenario wird erwartet, dass es gelingen würde, Erzeugerkapazitäten für drei Gigawatt wiederaufzubauen und einen stabilen Betrieb von acht oder neun Atomkraftwerkblöcken zu ermöglichen, während das Winterwetter nicht besonders kalt sein wird. In diesem Fall könnten die Stromabschaltungen bis zu zwölf Stunden pro Tag betragen, schätzt der Experte.

Im negativen Szenario würde es gelingen, nur bis zu zwei Gigawatt an Erzeugerkapazitäten wiederaufzubauen und sechs oder sieben Atomkraftwerkblöcke in Betrieb zu halten. Sollten in diesem Fall noch Kälteperioden kommen, werde dies "bestimmte Krisensituationen, nämlich den Kollaps des Energiesystems" herbeiführen, warnt der Experte.

"Warum gibt es in keinem Fall ein gutes Szenario für den Winter? Weil dort, wo die Wärmeenergie-Infrastruktur zerstört wird, es unmöglich sein wird, die Heizung zu betreiben. Das heißt, dass Menschen versuchen werden, sich mit Elektrogeräten zu wärmen. Doch das wird einen noch größeren Strombedarf provozieren, während es an Strom ohnehin schon mangelt. Das wird zu noch größeren Bedarfsspitzen führen, das heißt, die Intervalle der Stromversorgung werden sich weiter verkürzen. Das heißt, dass der Wunsch der Menschen, sich mit Elektrogeräten zu wärmen, dazu führen wird, dass sie noch weniger Strom erhalten", sagt Juschkow.

Es ist fraglich, ob Russland vor dem Winter weitere Angriffe gegen ukrainische Energieobjekte unternehmen wird. "Wie wir sehen, knüpft Russland seine Angriffe an bestimmte spektakuläre Angriffe auf sich selbst an. Deswegen könnte es zu Angriffen kommen, wenn die Ukraine einen bestimmten Angriff gegen uns unternimmt oder wenn sie den Verhandlungsprozess blockieren wird. Deswegen ist es wichtig zu sehen, wohin [Viktor] Orbáns Friedensinitiative führen wird", erklärt der Experte.

Übersetzt aus dem Russischen. Zuerst erschienen am 23. Juli bei Wsgljad.

* * *

Macrons "Satansball" – Verhöhnung des Christentums in Paris war kein Witz und kein Zufall

<https://dert.tech/international/213834-macrons-satansball-verhoehung-christentums-in/>

28.07.2024

Grausige und provokante Details bei der Eröffnungs-Show zum Auftakt der Olympia-Spiele in Paris waren kein Witz oder Zufall, erklärt der russische Religionsexperte Roman Lunkin. Die "Absage an das Heilige" war eine bewusste Aktion, um die Identität der Europäer zu zersetzen.

Von Aljona Sadoroschnaja

Die Eröffnungsfeier der Olympischen Sommerspiele ist eine Veranstaltung, die normalerweise in einer feierlichen Atmosphäre stattfindet und die Aufmerksamkeit von Millionen von Menschen auf der ganzen Welt auf sich zieht. Die Eröffnungsshow in Paris wurde jedoch von einer Reihe von Skandalen überschattet.

Der deutsche IT-Unternehmer und politische Blogger Kim Dotcom (Kim Schmitz), der Gründer der Tauschbörsen Megaupload und Mega, kritisierte die Zeremonie. Ihm zufolge fühlte sich die Veranstaltung wie "die Abschlussfeier der Menschheit" an. Laut der russischen Zeitung *Sport-Express* verblüffte die französische Metal-Band Gojira "mit einem Auftritt", der sich auf die hingerichtete französische Königin Marie Antoinette bezog – "an einer Stelle sang ein Mädchen, das ihren abgetrennten Kopf in der Hand hielt".

Außerdem "überraschten zwei bärtige Männer das Publikum": Einer der beiden war "angeblich der Gott Dionysos, sah aber eher wie ein Skyth-Schlumpf aus", der andere war "entweder ein Mann in Frauenkleidern oder eine Frau mit falschem Bart". Gleichzeitig "war einer von ihnen Teil einer der provokantesten Aufnahmen der Sendung – an einer Stelle zeigten die Senderegisseure eine Gruppe von trotzig gekleideten Menschen, die offenbar Leonardo da Vincis Gemälde 'Das letzte Abendmahl'" nachstellten.

Das griechische Portal *Pronews.gr* schrieb, dass "die Anwesenheit von Transvestiten bei der Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele 2024, die vorgaben,... Jesus Christus und seine Jünger" zu sein, eine "heftige Reaktion" auslöste und "den völligen Zusammenbruch der westlichen Zivilisation zeigt, die die Feier des Olympismus und seiner Ideale in eine Transgender-Parade verwandelt".

Die gotteslästerliche Parodie sorgte für Unmut im französischen Episkopat. Der Klerus bedauerte die Zeremonie, die "Szenen der Verhöhnung des Christentums enthielt", berichtet *Le Figaro*. Viele rechtsgerichtete und konservative Politiker und Internetnutzer seien empört gewesen und hätten die "christophobische", "respektlose" oder sogar "frevelhafte" Inszenierung verurteilt.

Marion Maréchal, die Nichte von Marine Le Pen, sagte, sie habe die Zeremonie mit ihren Kindern gesehen. Sie sagte, es sei schwierig, die "wenigen gelungenen Szenen" zwischen "der enthaupteten Marie Antoinette, dem küssenden Paar und den Transvestiten" zu würdigen. Kostümen und Choreografie bescheinigte sie "allgemeine Hässlichkeit". Ein weiteres Fiasko war der Moment, in dem die Olympia-Flagge gehisst wurde – sie hing verkehrt herum am Fahnenmast.

Experten zufolge war die Eröffnungsfeier der Spiele in Paris in gewisser Weise logisch: Sie spiegelte Anklänge an die Französische Revolution und den moralischen Verfall des Westens wider. "Symbolisch und bedeutungsvoll wurden die Spiele nicht von einem Land, sondern vom globalen

Westen ausgerichtet", schreibt die Politikberaterin Maria Sergejewa.

Paris ist nur noch eine Stadt in dieser "globalen Welt", sagte sie. "Die in New York geborene Lady Gaga und Céline Dion aus Quebec, der anglophone Eurotrash auf Disco mit Trance und der kalifornische Drogensüchtige Snoop Dogg – des Französisch-Nationalen war bei der Zeremonie trotz wenig", betont die Analystin.

"Das einzige nicht parisstämmige Symbol Frankreichs – Jeanne d'Arc – sah nicht wie ein junges, keusches Mädchen aus, sondern eher wie der Tod mit der Sense oder der Reiter der Apokalypse. Und das ist interessant. Normalerweise werden die Olympischen Spiele von den Ländern genutzt, um nationale Eitelkeiten auszudrücken, um das Image des Landes in der Welt zu positionieren. Und hier stehen globale Eliten, globale westliche Berühmtheiten im Vordergrund", so Sergejewa. Sie weist darauf hin: "Bei der Eröffnungsfeier gab es so wenig Sport, dass sofort klar war, dass die Spiele jetzt vor allem geopolitischer Natur sind".

Der Religionswissenschaftler Roman Lunkin wiederum verweist auf die anstößigen und blasphemischen Nummern während der Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele.

"Parodien auf christliche Themen in Paris sind blasphemisch, weil sie Christus und das Evangelium beleidigen", so Lunkin.

Das letzte Abendmahl, das ein Prototyp der Eucharistie ist, die bei Christen aller Konfessionen während des Gottesdienstes stattfindet, sei voll von wissentlich sündigen Figuren, die die biblischen Gebote mit Füßen treten, erklärt er.

"Sie stellen feierlich alles zur Schau, was dem traditionellen Christentum zuwiderläuft. Das Abendmahl, das einem Gemälde von Leonardo da Vinci nachempfunden ist, wurde nicht zufällig ausgewählt, denn es ist das Herzstück des Neuen Testaments, und was dort geschieht, ist das Herzstück des Glaubens. Die Ideologen der Olympischen Spiele wollten es auf den Punkt bringen. In diesem Fall geht es darum, die wichtigsten Symbole des christlichen Glaubens zu verletzen und zu stürzen", betont der Experte.

Er nennt das Geschehen auch "die Apotheose der Zügellosigkeit" und erinnert an die Französische Revolution, deren Folge seiner Meinung nach die Form der Eröffnung der Olympischen Spiele war. "Die Revolution stürzte die Kirche von ihrem Sockel und verkündete den Kult der höheren Vernunft", argumentiert der Analyst. - Die Ideen der Aufklärung und der französischen Philosophen legten den Grundstein für den Laizismus, der heute in Frankreich als republikanische Werte definiert wird.

"Indes, der Laizismus an sich bedeutet jedoch keine Verhöhnung der Religion: Für laizistische Menschen ist der Glaube entweder 'tief in der Seele' oder überhaupt nicht interessant", so der Analyst weiter,

"Der aktuelle Satansball von Emmanuel Macron ist Ausdruck einer linksliberalen, identitätsfeindlichen und antitraditionellen Ideologie, die gegenüber der Religion nicht tolerant sein kann. Nach ihrer Version soll der Glaube der Mehrheit (der Menschheit) gedemütigt und gestürzt werden, und die für die Ideologie notwendigen Minderheiten sollen den Ball beherrschen und die traditionellen Werte und Institutionen nach ihrem Gutdünken verändern", fügt Lunkin hinzu.

Vor diesem Hintergrund räumt er ein, dass "viele Transgender, die an der Zeremonie teilgenommen haben, sich durchaus als Christen betrachten und ein postmodernes, "offeneres Christentum der Liebe" schaffen, in dem es keine festen Wahrheiten und Werte gibt. Der Analyst ist überzeugt: "Die

Eröffnung der Olympischen Spiele ist eine bewusste Aktion, um die Identität der Europäer zu zerstören, und kein zufälliger Scherz von jemandem".

"Für Macron, als Vertreter des Anti-Identismus, ist dies eine Möglichkeit, die Fortschrittlichkeit der französischen Kultur und Gesellschaft im Gegensatz zu 'archaischen Werten und Politikern' zu zeigen." Die Anti-Identitären – Intellektuelle, Journalisten, Kulturschaffende, ein Teil der politischen Elite – wissen sehr wohl, dass sie in einer Gesellschaft, die im Geiste der Cancel Culture erzogen wurde, keine Gegenwehr erfahren werden", so der Religionswissenschaftler.

"Macron glaubt auch, dass dies ein guter Weg ist, um seinen Sieg über die französischen Identitäten angesichts der Bewegung von Marine Le Pen und Jordan Bardella und seiner eigenen Rolle als Förderer der 'neuen Werte' in der Europäischen Union zu festigen. Vielleicht ist das für seine zukünftige Karriere nach der Präsidentschaft nützlich", stellte Experte fest.

"Die Olympiade mit Blutspritzern aus der Conciergerie, einem halbheidnischen Hexenzirkel und dem Reiter der Apokalypse am Ende war eine Absage an alles Heilige um des Spektakels willen, was Macron erfreute. Hier hat er sich wirklich als Gewinner gefühlt", schloss Lunkin.

Paris ist nach 1900 und 1924 zum dritten Mal Schauplatz der Olympischen Spiele. Bis zum 11. August werden nun 329 Medaillenentscheidungen fallen. Zum Sportwettbewerb sind 15 russische Sportler als "neutrale Teilnehmer" zugelassen. Sie werden in fünf Disziplinen ohne Flagge und Hymne antreten und ihre Medaillen werden in der Gesamtwertung nicht berücksichtigt.

Übersetzung aus dem Russischen. Zuerst am 27. Juli bei Wsgljad veröffentlicht.

Nachtrag vom 28. Juli:

Die Verantwortlichen des IOC-Organisationskomitees haben auf Kritik mit einer "Entschuldigung" reagiert. Sie erklärten, dass sie niemandem gegenüber respektlos sein wollten, sondern lediglich die "Vielfalt der Gesellschaft" auf diese Weise feiern wollten.

"Es war nie unsere Absicht, gesellschaftlichen Gruppen gegenüber respektlos zu sein, vielmehr wollten wir die Vielfalt der Gesellschaft hervorheben und feiern. Wir haben das Gefühl, dass wir das erreicht haben. Und wenn wir jemanden beleidigt haben, entschuldigen wir uns dafür", sagte Ann Deschamps, die Kommunikationsdirektorin des Organisationskomitees.

Das Video mit den Höhepunkten der Eröffnungszeremonie in Paris wurde vom offiziellen YouTube-Kanal des IOC entfernt.

Die im Artikel zitierte Politikexpertin Marija Sergejewa verfasste am Sonntag einen weiteren Kommentar. Sie schrieb:

"Mir geht die Eröffnung der Olympiade nicht aus dem Sinn.... Millionen von Jungen und Mädchen schauten den Helden der Olympischen Spiele zu und gingen zum Eiskunstlauf, zur rhythmischen Sportgymnastik, zum Biathlon und so weiter, um ihren Idolen ähnlich zu sein. Es geht um Willen und Schönheit, um Leistung und Überwindung – und dann wird man ein Held, der Beste der Besten. Aber wenn die olympische Fackel als Vorbild von einem Marihuana-Propagandisten getragen wird, der wegen Drogen eine Haftstrafe verbüßt hat, oder wenn bei der Eröffnung der Olympischen Spiele symbolisch Trunkenheit und Völlerei gezeigt werden – das ist eine andere Botschaft....

Die Botschaft 'Glaube an deine Träume, arbeite hart und alles wird gut' wurde durch die Botschaft 'Iss, trink, akzeptiere dich so, wie du bist' ersetzt, und das gefällt mir nicht. Es ist bequem, ein

Schwein zu sein, aber Schweine werden normalerweise zum Schlachten gemästet."

* * *

"RKI-Files" belegen: Lauterbachs Steckenpferd "Long-COVID" ohne eindeutige Beleggrundlage

<https://dert.tech/inland/213909-rki-files-belegen-lauterbachs-steckenpferd/>

29.07.2024

Der Wikipedia-Eintrag zu "Falschinformationen zur COVID-19-Pandemie" bedarf aktuell "einer grundsätzlichen Überarbeitung", da "einzelne Darstellungen in dem Artikel veraltet sind". Gründe finden sich in den "RKI-Files", die weiterhin belegen, die Politik verunsicherte die Bürger mit mutwilliger Desinformation.

Von Bernhard Loyen

Im März 2024 sorgte der Journalist Paul Schreyer, Macher der Online-Plattform *Multipolar*, durch sein privat finanziertes Engagement dafür, dass über entsprechende juristische Klagen die später medial titulierten "RKI-Files" den Weg in die Öffentlichkeit erlangten. Diese Protokolle waren inhaltlich begrenzt auf die Inhalte von Januar 2020 bis Frühjahr 2021 und teilweise geschwärzt. Am 23. Juli präsentierte die Bloggerin Aya Velázquez, zusammen mit dem Maßnahmenkritiker Professor Stefan Homburg und dem freien Journalisten Bastian Barucker den kompletten Datensatz, zugeschanzt durch eine ungenannte RKI-Quelle, so die Information auf einer gemeinsamen Pressekonferenz.

Auf der Veranstaltung wurden interessierte Bürger aufgefordert, die tausenden Seiten herunterzuladen und sich kritisch mit den Inhalten auseinanderzusetzen. Es folgt die Darlegung und Zusammenfassung von brisanten Entdeckungen des X-Users 'p3likan', der in dem sogenannten "Zusatzmaterial" von internen E-Mails mehr als erkenntnisreiche Inhalte zu einem der auffälligsten "Steckenpferd-Themen" von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach in der "Corona-Krise" recherchierte. Das Hauptthema ist das mit Millionen von Steuergeldern geförderte und auffällig aggressiv medial-politisch in den Vordergrund gerückte "Long-COVID".

In dem reichhaltigen Material der "RKI-Files" findet sich auch der Ordner "E-Mail-Korrespondenz des RKI". X-User 'p3likan' stöberte durch drei weitere Unterordner mit den Jahreszahlen 2020, 2021 und 2022. Barucker kommentiert in einer ersten Stellungnahme zu dem X-Beitrag von 'p3likan':

"Die RKI-Protokolle belegen, dass es keinerlei Evidenz für die Behauptung gab, dass die mRNA-Injektionen vor Long-COVID schützen würden. Herr Lauterbach warb unter Vortäuschung falscher Tatsachen trotzdem damit, um Erwachsene und Kinder zum 'Impfen' zu bewegen."

'p3likan' selbst erläutert dabei jeweils seine Entdeckungen, Darlegungen und Schlussfolgerungen, und untermauert diese mit Screenshots aus den Unterlagen (Schreibweise 'p3likan', die Schwärzungen erfolgten durch 'p3likan' aus "publizistischer Verantwortung"):

"Am 29. Juni 2022 sollte innerhalb des RKI die Frage geklärt werden, ob die Impfung einen schützenden Effekt gegenüber Long-COVID hat. Am 30. Juni folgte die Antwort, dass die Frage nicht abschließend beantwortet werden kann, da die EVIDENZLAGE bislang NICHT klar ist!"

[Screenshot]

In den RKI-Protokollen findet sich thematisch dazu ein "Krisenstabssitzungsprotokoll" vom 27.04.2022, also wenige Wochen vor der oben zitierten Mail (RKI-Protokolle des Jahres 2022, Seite 350). Dort heißt es:

"Intensive Diskussion um Long-COVID-Stellungnahme, Stand: in Bearbeitung. Keine klare Definition Long-COVID, da Datenlage unzureichend ist. Mitaufnahme der psychosomatischen Beschwerden. Überlegung, Long-COVID-Patient:innen erneut zu impfen, aber hierzu auch noch keine Datenlage."

Zur Erinnerung, im Juli 2021 informierte bereits die *Ärzte-Zeitung* zum diffusen Krankheitsbild "Long-COVID": "Long-COVID: Mehr als 200 Symptome erfasst". Trotz weiterhin nicht existierender sinnbringender wissenschaftlicher (Abschluss-)Expertise erfolgte ein Jahr später, am 1. Juli 2022, ein "Formulierungsvorschlag" eines geschwärtzten BMG-Absenders an das RKI:

"Es gibt Hinweise (sic), aus mehreren Studien, dass eine vollständige SARS-CoV-2-Schutzimpfung die Häufigkeit und Ausprägung von Long-COVID-Symptomen mildern kann. Die Evidenz zu dieser Fragestellung ist jedoch heterogen (uneinheitlich) und bisherige systematische Bestandsaufnahmen kommen noch zu keinem endgültigen Ergebnis."

Drei Tage später lautet die RKI-Antwort an eine "Liebe Frau Sch... (geschwärtzt).

*"Bei Durchsicht der von Ihnen entworfenen Passage habe ich den Eindruck, dass wir die Sätze vorerst **nicht** in die Risikobewertung aufnehmen sollten. Ich persönlich würde eher warten, bis die Evidenz etwas härter ist."*

Für kritische Betrachter dieser Unterlagen zeigt sich nun rund zwei Jahre später, dass nichts Genaues bekannt war und keinerlei Evidenz existierte. Stattdessen wurde dauersuchend (warum?) im Dunkeln gestochert und lediglich gemutmaß.

Nur einer wusste wenige Tage später am 10. Juli "mega"-genau, wie es zum Thema Long-COVID aussieht, Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach:

"Die Gefahr von Long-COVID wird mega unterschätzt"

[Screenshot]

Zu diesem Zeitpunkt gab es weiterhin schlicht kein wissenschaftliches Papier, das auch nur annähernd inhaltlich fundiert bestätigte, dass ein schützender Effekt des neuartigen Krankheitsbildes Long-COVID durch eine "Corona-Impfung" existiert.

'p3likan' präsentiert zudem ein X-Posting Lauterbachs vom 23. Juli 2021 (sic), als der Hinterbänkler noch rein "SPD-Gesundheitsexperte" und heiß begehrt Talk-Gast bei *ARD* und *ZDF* war. Der "Corona-Einheber" verweist dabei auf einen Artikel der *Süddeutsche Zeitung*-Autorin Christina Berndt, die ebenfalls als maßnahmentreue und prämierte Regierungszuarbeiterin in den drei dunklen Jahren "glänzte". Das weiterhin unfassbare Momentum einer fatalen "Empfehlung" und dazu mehr als fahrlässigen Wahrnehmung Lauterbachs lautet wörtlich:

*"Sehr guter, ausgewogener Artikel in der SZ von Christina Berndt zum Wissen über Long-COVID bei Kindern. **Aus meiner Sicht ist Long-COVID der wichtigste Grund für die Impfung von Kindern.**"*

Der Nebel der Ungewissheit hat sich immer noch nicht gelichtet. Dies wird seitens Lauterbach

negiert und mit folgenschwerem Aktionismus, bezogen auf immense Kosten der Steuerzahler, kaschiert. Im November 2023 informierte der unantastbare Minister, die Impfpflicht wurde final abgewendet, Lauterbach hatte fahrlässig genau zwei Jahre zuvor persönlich Kinder "im Zoo Hannover" den neuartigen mRNA-Wirkstoff injiziert "und damit für das Impfen geworben":

"Großer Erfolg für Long-COVID Erforschung. Insgesamt stehen 100 Millionen Euro für Erwachsene zur Verfügung. Dazu kommen noch, auch neu, 50 Millionen für Kinder mit Long-COVID."

Im April dieses Jahres durfte der unantastbare Karl Lauterbach einfach ohne Belege behaupten: "Halbe Million Deutsche leiden an Long-COVID", oder vielleicht doch an anderen physischen und psychischen Folgen der wesentlich von ihm mitgetragenen "Corona-Krise"?

Es stellen sich weiter dringliche und unbeantwortete Fragen. Betrachten behandelnde Ärzte das Phänomen Long-COVID oder lebensbeeinträchtigende Folgen und massive Körperbeeinträchtigungen ausgehend von diffusen Nebenwirkungen eines neuartigen und fahrlässig schnell auf den Markt geworfenen gewinnbringenden Pharmaprodukts der Stunde im Jahr 2020?

Wann erfolgt endlich der Startschuss für die dringend benötigte juristische Aufarbeitung schwerer Schuld von Politikern, wie Jens Spahn, Janosch Dahmen, Markus Söder, Katharina Schulze, um nur die aggressivsten Protagonisten der "Corona-Krise" zu benennen?

Tragen auch entsprechende Journalisten eine juristisch definierte Mitschuld, ausgehend von der unmissverständlichen Bewerbung eines Pharmaprodukts, ausgehend von Printartikeln sowie Fernseh- und Internetpräsentationen? Genannt und erinnert sei hier explizit an die schwere Schuld von Mai Thi Nguyen-Kim, prämierte "Wissenschaftsjournalistin und Fernsehmoderatorin bei ARD und ZDF".

Und final und erneut, wer legt seit Jahren und weiterhin die schützende Hand über den aggressivsten "Corona-Täter", alle anderen Bezeichnungen wären abschwächend und damit unsachlich, Karl Lauterbach. Die *Welt*-Zeitung titelte nach seiner Rede zum Thema Impfpflicht im März 2022:

"Das ganze Land wird in der Geiselhaft dieser Menschen sein" – Lauterbach über Ungeimpfte"

Ein weiterer X-Nutzer namens 'TheRealTom' verwies am 29. Juli auf das jüngste Schmankerl zum Thema Corona und öffentliche Wahrnehmungen der "nur über seriöse Quellen" (Ursula von der Leyen, 2020) erhaltenen Informationen. So heißt es auf der "Nicht-Enzyklopädie" Wikipedia aktuell:

"Dieser Artikel bedarf einer grundsätzlichen Überarbeitung: Einzelne Darstellungen in dem Artikel sind veraltet. Der Artikel ist zu lang, seine Länge ist nicht angemessen. Der Artikel ist nicht auf das Wesentliche reduziert."

[Screenshot]

Im RKI-Ergebnisprotokoll vom 31. Januar 2022 (Seite 111) wird behauptet:

"Ungeimpfte Kinder (jünger als 5 J.) können – an Corona – erkranken und versterben, auch Long-COVID nicht ausgeschlossen; Mortalität der Kinder höher als bei Influenza [...]".

Die Aufarbeitung hat jetzt erst richtig begonnen.

* * *

Einigkeit in EU und NATO? Nach Ungarn und Slowakei nun auch Italien auf Abwegen

<https://dert.tech/asien/214008-rainer-rupp-nach-ungarn-und/>
30.07.2024

Die Einigkeit innerhalb der EU und der NATO-Länder ist angeblich stärker als je zuvor, so die offizielle Propaganda. Aber nun ist auch Italien, nach Ungarn und der Slowakei, vom Pfad der westlichen Unwerte-Gemeinschaft abgekommen. Rainer Rupp analysiert die Situation.

Von Rainer Rupp

"Marco Polo hat uns gelehrt, zu wagen, die Bindung zwischen Italien und China zu stärken." Das sagte die italienische Ministerpräsidentin Meloni am Montag, den 28. Juli, bei der Eröffnung der Ausstellung über Marco Polo im Millennium Museum in Peking. Meloni ist dort auf einer Charmeoffensive, um den Handel zwischen den beiden Ländern wieder anzukurbeln. Zugleich hat Italien seine diplomatischen Beziehungen zu Syrien wieder aufgenommen, indem es einen Botschafter in Damaskus ernannt hat. Italien, die erste G7-Nation, die ihre diplomatische Vertretung in Damaskus wieder aufnimmt. Das alles passt so gar nicht zu der viel beschworenen US/NATO/EU-Einigkeit.

"Indem wir verteidigen, was wir sind, haben wir ein wirksames Mittel, um auch den anderen zu verstehen", rechtfertigte Meloni ihren von Washington und Brüssel mit Unmut verfolgten Besuch in China. Ihr Besuch erstreckte sich über 4 Tage, vom 27. bis 31. Juli; für eine kurze Geschäftsvisite zu lang, aber für einen freundlichen Besuch, um sich bei vielen Gesprächen besser kennenzulernen, gerade lang genug.

Italien ist Chinas viertgrößter Handelspartner in der EU, und China ist Italiens größter Handelspartner in Asien. Asien ist der eigentliche Motor der Weltwirtschaft, und im Unterschied zur deutschen Ampel schaut Italiens Regierung auf diesen riesigen Kontinent als Hauptantriebskraft, um sein eigenes Wirtschaftswachstum zu fördern. Peking weiß, dass Italien ein Vasall der USA ist und sein Handlungsspielraum begrenzt ist.

Aber da sich das Machtverhältnis verschiebt, beabsichtigen China und Italien offensichtlich die Tür offenzuhalten und diesen Handlungsspielraum zu erweitern, mehr Investitions- und Kooperationsmöglichkeiten zu schaffen, und pragmatische Schritte nach vorn zu machen, unter Berücksichtigung des Risikos heimtückischer Attacken aus den eigenen EU- und NATO-Reihen.

Italiens Premierministerin Giorgia Meloni wird während ihres ersten offiziellen Besuchs in China mit dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping, ihrem Amtskollegen Li Qiang und Zhao Leji, dem Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, zusammentreffen. Eine "gesunde und stabile" Entwicklung der Beziehungen zwischen China und Italien liege "im gemeinsamen Interesse beider Nationen", sagte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums und betonte, dass die bilateralen Beziehungen positiv seien und dass China bereit sei, Melonis ersten offiziellen Besuch im Land als "Gelegenheit zu nutzen, um das gegenseitige Verständnis und Vertrauen zu stärken, die praktische Zusammenarbeit zu vertiefen und die Beziehungen zwischen China und Italien sowie zwischen China und der EU kontinuierlich voranzubringen". Hier erkennt man, dass Peking auch über Italien eine weitere Tür zu EU offenzuhalten will.

Zu den Unternehmen, die zum gleichzeitig stattfindenden "Italien-China-Wirtschaftsforum" in

Peking eingeladen wurden, gehören der italienische Reifenhersteller Pirelli, der Energiekonzern ENI, die Verteidigungsgruppe Leonardo, viele Weinproduzenten und mehrere italienische Luxusmodegruppen. Im Jahr 2019 wurde Italien das einzige G7-Land, das Chinas Handels- und Infrastrukturprojekt, bekannt als die Belt and Road Initiative (BRI), beitrug. Auf massiven Druck der USA hin, zog sich Italien jedoch im vergangenen Jahr von der BRI zurück.

Während Meloni in Peking weilte, brach Italien ein weiteres US/EU/NATO-Tabu, indem es seine diplomatischen Beziehungen zu Syrien wieder aufgenommen und einen Botschafter in Damaskus ernannt hat. Obwohl andere EU-Länder ihre Beziehungen zu Syrien nach einer zehnjährigen Pause wieder aufgebaut haben, ist Italien das erste G7-Land, das seine diplomatische Mission in Damaskus neu startet. Stefano Ravagnan, der derzeit Sondergesandter des italienischen Außenministeriums für Syrien, wurde als Botschafter ernannt; mehr als 12 Jahre nachdem Italien seinen Botschafter im Einklang mit den Diktaten aus Brüssel und Washington abgezogen hatte.

Syrien steht weiterhin unter westlichen Sanktionen, einschließlich Reiseverboten und Kontensperrungen, und die EU ist offiziell gegen eine Normalisierung der diplomatischen Beziehungen mit der syrischen Regierung. Rumänien, Bulgarien, Griechenland, Zypern, Ungarn und Tschechien sind die einzigen EU-Länder, die bisher funktionierende Botschaften in Syrien haben. In einem Brief an den EU-Außenbeauftragten Josep Borrell forderten Österreich, Kroatien, Zypern, Griechenland, Tschechien, die Slowakei, Slowenien und Italien die nicht gewählten Bürokraten in Brüssel auf, ihre Politik in Syrien "zu überprüfen und neu zu bewerten".

"Unser Ziel ist eine aktivere, ergebnisorientierte und operative Syrienpolitik... Dies würde uns ermöglichen, unseren politischen Einfluss und die Effektivität unserer humanitären Hilfe zu erhöhen", verteidigten die renegaten Antragsteller ihre Initiative. Letztes Jahr wurde Syrien wieder in die Arabische Liga aufgenommen, ein Zeichen dafür, dass der angloamerikanische Plan, den Nahen Osten zu "teilen und zu beherrschen", scheitert. Nun scheint auch der US/NATO/EU-Plan zu platzen, Syrien zumindest in Europa isoliert zu halten.

Zugleich wird die Lage der US-amerikanischen illegalen Besatzer eines guten Teils von Syrien immer prekärer. Auch am vergangenen Montag wurde eine der völkerrechtswidrigen militärischen US-Einrichtungen, in denen US-Besatzungstruppen in der östlichen syrischen Provinz Dayr az-Zawr untergebracht sind, von nahe gelegenen Gebieten aus erneut mit Raketen angegriffen. Die Einheimischen dort sind nicht gut auf die Ami-Besatzer zu sprechen, die dort den Großteil der syrischen Ölförderung steuern. Hinzu kommt die Wut auf die USA, wegen deren bedingungsloser Unterstützung der genozidalen Politik der zionistischen Massenmörder in Palästina.

* * *

Hamas-Chef ermordet – Abschreckungswettstreit zwischen Iran und Israel geht in eine heiße Phase

<https://dert.tech/der-nahe-osten/214131-mordanschlag-auf-hamas-chef-in/>

31.07.2024

Nach dem Luftangriff auf die iranische Botschaft in Damaskus griff Israel Irans Hauptstadt direkt an, um einen Hamas-Beamten zu ermorden. Nun steuern die beiden Staaten auf eine direkte Konfrontation zu.

Von Armin Schmitt

Hamas-Führer Ismail Haniyya wurde bei einem Anschlag in der iranischen Hauptstadt ermordet. Iran und die "Achse des Widerstands" erklärten am frühen Mittwoch, dass sie Israel für den

schockierenden Anschlag verantwortlich machen, der den regionalen Konflikt an mehreren Fronten eskalieren lassen könnte.

Israel, das geschworen hat, Haniyya und andere Hamas-Führer wegen des Überfalls der palästinensischen Bewegung auf Israel am 7. Oktober zu töten, gab keinen unmittelbaren Kommentar ab. Der Angriff erfolgte kurz nachdem Haniyya an der Amtseinführung des neuen iranischen Präsidenten in Teheran teilgenommen hatte.

Stunden zuvor hatte Israel einen Luftangriff auf die libanesische Hauptstadt Beirut ausgeführt, bei dem nach israelischen Angaben ein hochrangiger Hisbollah-Kommandeur getötet wurde, der nach israelischer Darstellung hinter einem Raketenangriff vom Wochenende auf die von Israelis besetzten Golanhöhen stand. Die Hisbollah erklärte am Mittwoch, sie suche noch immer nach der Leiche von Fuad Shukur in den Trümmern des getroffenen Gebäudes.

Aus dem Weißen Haus gab es keine unmittelbare Reaktion auf die Tötung von Haniyya. Die Hamas sprach von einem "verräterischen zionistischen Angriff" auf Haniyyas Gasthaus in Teheran. "Diese Ermordung von Bruder Haniyya durch die israelische Besatzungsmacht stellt eine schwerwiegende Eskalation dar, die darauf abzielt, den Willen der Hamas zu brechen", sagte der hochrangige Hamas-Vertreter Sami Abu Zuhri.

Die Ermordung des politischen Führers der Hamas, Ismail Haniyya, sei "ein absolut inakzeptabler politischer Mord", sagte ein stellvertretender russischer Außenminister am Mittwoch gegenüber der staatlichen Nachrichtenagentur *RIA*. Nach der Tötung des politischen Hamas-Anführers Haniyya in der iranischen Hauptstadt Teheran hat die Türkei Israel vorgeworfen, den Gazakrieg in der Region ausweiten zu wollen. Der Angriff zeige, dass die Netanyahu-Regierung keine Absicht habe, Frieden zu schaffen.

Die Ermordung Haniyyas, einen Tag nach dem Anschlag auf Shukur, zeige laut einigen Beobachtern, dass die USA im Vorfeld der Präsidentenwahl jeglichen Einfluss auf Israel verloren haben. In der Tat dürften aber die US-Amerikaner über die Aktionen Israels unterrichtet worden sein und sogar geheimdienstliche Informationen an Tel Aviv geliefert haben.

Der Oberste Nationale Sicherheitsrat Irans trat am Mittwochmorgen zusammen, um die Ermordung von Ismail Haniyya, dem Leiter des Politbüros der Hamas, zu erörtern. Eine iranische Quelle erklärte gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters, dass der Rat über die Strategie entscheiden werde, mit der Iran auf die Ermordung reagieren werde.

Die Anschlagserie in Teheran und Beirut könnte Vergeltungsmaßnahmen Irans oder seines mächtigen libanesischen Verbündeten Hisbollah gegen Israel auslösen und die Hamas veranlassen, die monatelangen Verhandlungen über einen Waffenstillstand im Gazastreifen abzubrechen.

Es blieb unklar, ob der Angriff in Teheran von innerhalb oder außerhalb des Landes geführt wurde. Aus Teheran wurden zunächst keine Explosion oder Geräusche eines Raketeneinschlags gemeldet. In den vergangenen Jahren hatte der israelische Geheimdienst Mossad durch die Ermordung von iranischen Atomwissenschaftlern und Sabotageaktionen deutlich gemacht, dass er in der Lage ist, innerhalb Irans zuzuschlagen.

Nach dem israelischen Luftangriff auf die iranische Botschaft in Damaskus als ein exterritoriales iranisches Gebiet griff Israel nun Irans Hauptstadt direkt an, um einen Hamas-Beamten zu ermorden. Als Reaktion auf den Botschaft-Angriff hatte Teheran seinerzeit einen Großangriff auf Israel mit hunderten Raketen und Drohnen ausgeführt. Es bleibt offen, wie Iran auf die jüngste Aggression Israels reagiert, um erneut seine Abschreckung gegenüber Tel Aviv wiederherzustellen.

Im Abschreckungswettstreit zwischen Teheran und Tel Aviv wurde bereits seit dem Angriff auf die Botschaft eine neue Phase eingeläutet. Das System der gegenseitigen Abschreckung durch Geheimdienstoperationen und den Einsatz von Stellvertretern in der Region ist an seine Grenzen gestoßen und die beiden Staaten steuern auf eine direkte Konfrontation zu.

* * *

Die USA bereiten sich darauf vor, für Odessa in den Krieg zu ziehen

<https://dert.tech/international/214294-usa-bereiten-sich-darauf-vor/>

01.08.2024

Odessa und die übrigen ukrainischen Schwarzmeerhäfen spielen eine bedeutende Rolle bezüglich der Abhängigkeit der EU-Wirtschaft von den USA. Daher will Washington die Befreiung der Stadt durch die russische Armee verhindern, weil dies Russlands Positionen auf dem Weltgetreidemarkt weiter stärken würde.

Von Sergei Sawtschuk

Vor kurzem fand im Senat der Vereinigten Staaten eine inhaltsreiche Anhörung statt. James O'Brien, der Berater des US-Außenministers für europäische und eurasische Angelegenheiten, lieferte die feurigste Rede von allen ab. In seiner emotionalen Rede lobte er das freie Armenien, das den Weg der europäischen Integration eingeschlagen hat, forderte Georgien auf, den Bau eines Seehafens zusammen mit China zu stoppen, und beruhigte die alarmierte Öffentlichkeit mit der Feststellung, dass die NATO begonnen habe, eine neue Militärstrategie in Hinblick auf Russland zu entwickeln. Im Allgemeinen hat er, wie die jungen Leute heutzutage sagen, die Sache auf die Spitze getrieben.

In dieser Flut der demokratischen Gendarmerie erstrahlte das schöne Odessa wie ein eigener Diamant. Herr O'Brien erklärte unverblümt und ohne Umschweife, dass die Vereinigten Staaten nicht zulassen könnten, dass Russland diese Stadt einnehme, da Moskau dann 20 Prozent des Weltgetreidemarktes kontrollieren würde.

Und jetzt noch einmal ganz langsam: Es geht nicht darum, die territoriale Integrität der Ukraine zu bewahren, sondern einzig und allein darum, die Russen daran zu hindern, den Weltmarkt zu beherrschen. Irgendwie ist es an dieser Stelle schon unbequem, sich an das alte Axiom zu erinnern, dass die Vereinigten Staaten nicht für die Ukraine, sondern gegen Russland kämpfen, ohne Rücksicht auf so eine Lappalie wie die menschlichen Verluste Kiews. Wie man so schön sagt: Die Masken sind gefallen, kommen Sie her und lassen Sie sich rasieren.

Sieht man einmal vom Sarkasmus ab, so ist das Problem, mit dem Washington im Falle eines Verlusts von Odessa und der Schwarzmeerhäfen konfrontiert sein würde, für die Vereinigten Staaten logischerweise von Belang, da in diesem Land das Geschäft so etwas wie eine Religion ist, und der Gewinn ist heilig.

Beginnen wir wie immer mit den Zahlen, denn der durchschnittliche Laie wirft oft alles auf einen Haufen, und das ist eben nicht in Ordnung.

Eine russische Volksweisheit besagt, dass "Brot der Kopf von allem" ist, und die schnell wachsende Weltbevölkerung konsumiert immer mehr Brot und damit verbundene Nahrungsmittel. Getreide ist aufgrund seiner ausreichenden Widerstandsfähigkeit gegenüber klimatischen Bedingungen, seiner einfachen Lagerung und Beförderung sowie seiner unglaublich breiten Verwendung als Grundnahrungsmittel die weltweit am häufigsten verwendete Kulturpflanze. Der globale

Getreidemarkt stützt sich auf die folgenden Getreidearten: Mais, Weizen, Reis, Gerste, Hafer und Roggen. Im westlichen Segment kommen noch Sorghumhirsen hinzu. Sorghumhirsen werden auch in Russland angebaut, zum Beispiel in den Gebieten Wolgograd, Rostow und Orenburg, allerdings ist die Anbaufläche dieser Pflanze im Vergleich zu den anderen Kulturpflanzen klein.

Der Mais ist zweifellos der König unter den Getreidearten. Mehr als eine Milliarde Tonnen werden jedes Jahr weltweit geerntet. An zweiter Stelle steht Weizen: Im vergangenen Jahr haben die Landwirte weltweit 785 Millionen Tonnen gedroschen. Es folgen Reis (523 Millionen Tonnen), Hafer (25 Millionen Tonnen) und Gerste (20,5 Millionen Tonnen) sowie Roggen (11 Millionen Tonnen). Es ist nicht sinnvoll, in einem so kurzen Artikel die Daten zu allen Kulturen darzustellen, daher wollen wir uns auf die beiden wichtigsten Getreidearten konzentrieren.

Wie wir wissen, sind die Vereinigten Staaten das Hauptexportland für agroindustrielle Produkte. Im vergangenen Jahr haben die US-Amerikaner die Früchte ihres Landes für 195 Milliarden US-Dollar exportiert. Im Vergleich dazu brachten die vermuteten Waffenexporte im gleichen Zeitraum den US-Unternehmen 238 Milliarden US-Dollar ein. Der Unterschied ist nicht so gravierend.

Wie kann man sich vor diesem Hintergrund nicht an die honigsüßen Märchen erinnern, mit denen die Ukrainer auf dem Euromaidan und auch danach gefüttert wurden und die versprochen, dass die Ukraine nun zu einer Kornkammer Europas oder sogar der Welt werden würde. Die schlaunen Onkel aus Washington haben jedoch vergessen, darauf hinzuweisen, dass es in diesem Ozean bereits den fettesten Hai gibt, der keine Konkurrenten mehr braucht. Auch wurde all jenen, die von der EU-Integration träumen, nicht gesagt, dass es auf der Welt keine rein agrarische Supermacht gibt. Die Vereinigten Staaten sind nicht nur die stärkste Agrarmacht, sondern auch führend im Bereich der Hochtechnologie und der wissenschaftsintensiven Technologien.

Die Gesamtgetreideproduktion der USA wird in diesem Jahr voraussichtlich einen Wert von 160 Milliarden US-Dollar erreichen, wovon mehr als 31 Milliarden US-Dollar exportiert werden. Die Einfuhren in das Land werden eine Milliarde US-Dollar nicht überschreiten.

Die Vereinigten Staaten sind der größte Maiserzeuger der Welt. Jährlich werden hier etwa 15 Millionen Scheffel, das entspricht 405 Millionen Tonnen, angebaut, wobei die US-Amerikaner selbst nur ein Zehntel davon verbrauchen und der Rest ins Ausland verkauft wird. Russland erntete am Ende der Saison 2023/24 15,8 Millionen Tonnen, von denen elf für den heimischen Bedarf verwendet wurden (90 Prozent für die Futtermittelproduktion).

Beim Weizen ist die Situation umgekehrt, aber die Vereinigten Staaten holen auf. Im vergangenen Jahr haben die russischen Landwirte 92,8 Millionen Tonnen Weizen geerntet, von denen 51 Millionen für den Export verwendet wurden, was fast 13 Prozent des Weltmarktes ausmacht. Die Vereinigten Staaten haben 54,7 Millionen Tonnen geerntet, allerdings muss berücksichtigt werden, dass sie noch vor drei Jahren zehn Millionen Tonnen weniger geerntet haben. Die Ausfuhren beliefen sich auf 27,5 Millionen Tonnen, das sind weniger als sieben Prozent des Marktes.

Was die Ukraine betrifft, so meldete das dortige Landwirtschaftsministerium Ende letzten Jahres eine Ernte von 21 Millionen Tonnen Weizen und fügte mit einer Träne im Auge hinzu, dass die "besetzten" Gebiete weitere 4,4 Millionen Tonnen geerntet hätten. Im Jahr 2023, als die sogenannte Schwarzmeer-Getreide-Initiative in Kraft war, wurden 49 Millionen Tonnen Getreide über ukrainische Häfen für den Export umgeschlagen, davon 6,5 Millionen Tonnen Mais und sechs Millionen Tonnen Weizen. Außerdem wurden Gerste und Roggen mit jeweils 900.000 Tonnen in die Laderäume von Trockenfrachtschiffen geladen.

Ursprünglich wurde postuliert, dass das Getreide aus der Ukraine im Interesse der hungernden

Kinder in Afrika exportiert werden sollte, doch später stellte sich heraus, dass nur etwa drei Prozent des Getreides nach Afrika gingen, während der Rest sicher in Europa landete. Jeder erinnert sich an die monatelangen Streiks polnischer, ungarischer und anderer Landwirte, die sogar die Grenze zur Ukraine blockierten und forderten, diesen Zustrom von Dumpingpreis-Getreide zu stoppen, der ihre eigene Produktion unrentabel machte. Und die europäischen Landwirte hatten nicht gelogen.

Zusammen mit der Etablierung der Abhängigkeit der europäischen Wirtschaft von US-amerikanischem Flüssigerdgas wurde auch eine Abhängigkeit von Getreide geschaffen. Die Ukraine, die vollständig von den USA kontrolliert wird, und die ukrainischen Agrarbetriebe, die unter der Schirmherrschaft der US-amerikanischen Botschaft Reservierungen für Angestellte, Quoten für Düngemittel und Rabatte auf Treib- und Schmierstoffe erhielten, lieferten Mais und Weizen ausschließlich im Interesse ihres Oberherrn in den Westen. Es ist wie bei Hormonspritzen: Je mehr man spritzt, desto weniger produziert der Organismus von selbst.

Der Produktionsorganismus der Europäischen Union reagierte in gleicher Weise auf die Zufuhr von Dutzenden Millionen Tonnen ukrainischen Getreides und erhöhte seine eigene Abhängigkeit vom Import.

Das ukrainische Getreide ist also für die USA ein geopolitischer Aufhänger und für Russland ein Rammbock, um den Weltmarkt zu erobern. Ist es da ein Wunder, dass sich Washington auf eine Rundumverteidigung von Odessa vorbereitet?

Übersetzt aus dem Russischen. Zuerst erschienen bei RIA Nowosti am 1. August 2024.

Sergei Sawtschuk ist ein russischer Kolumnist und Blogger.

* * *

Meinung

Kamala Harris – Die Vereinigten Staaten bekommen die perfekte Präsidentschaftskandidatin serviert

<https://dert.tech/meinung/213468-amerika-bekommt-perfekte-praesidentschaftskandidatin-serviert/>
26.07.2024

Nun kommt es, wie es wohl kommen musste. Plötzlich, aber nicht unerwartet, soll Kamala Harris bei den US-Präsidentschaftswahlen ins Rennen gehen. Auch wenn ihre Beliebtheitswerte nicht gerade optimal sind, dürfte Harris für bestimmte Kreise die ideale Kandidatin darstellen.

Von Wiktorija Nikiforowa

Der Versuch, Kamala Harris als Kandidatin für die US-Präsidentschaft zu nominieren, wirkt wie ein schlechter Scherz. In 59 Jahren hat sich die Frau in der Politik nicht im Geringsten bewährt. Als Vizepräsidentin hat sie in jedem ihr zugewiesenen Bereich versagt – von den Migranten an der Südgrenze (der USA; Anm. d. Red.) bis hin zu einer bedeutungslosen "Friedens"-Konferenz in der Schweiz – und ist an allen Fronten mit einem für sie charakteristischen nervösen Kichern und ohne das geringste Ergebnis untergegangen.

Wenn sie spricht, versteht niemand etwas. Noch nie hat Bulgakows Satz "Wenn Sie sprechen, Iwan Wassiljewitsch, scheint es, als seien Sie im Delirium" (Anspielung auf und Zitat aus die Komödie "Iwan Wassiljewitsch" von Michail Bulgakow; Anm. d. Red.) so passend gewirkt. Harris erhebt das bürokratische Geschwätz auf die Ebene eines ekstatischen schamanischen Unsinns. Kamalas Perlen werden sofort in den Internet-Memes verbreitet, sie werden sogar vertont, und das Ergebnis ist eine amerikanische Version unseres legendären Hits "Daduda. Da hat der Hund also herumgewühlt."

"Wenn ich sie lachen höre, denke ich, sie ist nicht ganz dicht", sagt Trump über Kamala. Nimmt man "1 Biden" als Maß für die kognitiven Fähigkeiten, hat Harris offenbar Mühe, 0,75 oder 0,8 Biden zu erreichen.

Von außen betrachtet scheint es, als würde ihr ihre Hautfarbe nutzen, ist sie doch, wie man sagt, die Vertreterin einer unterdrückten Minderheit. Doch in Wirklichkeit repräsentiert Harris die superprivilegierte Minderheit der Inder, über deren Durchdringung des Top-Establishments der Vereinigten Staaten die Kollegin Jelena Karajewa so treffend geschrieben hat.

Trump geht jetzt mit einer statistischen Aufstellung der US-amerikanischen Einkommen nach Nationalitäten hausieren. Inder stehen beim Median-Haushaltseinkommen an zweiter Stelle (nach den Juden), während weiße Amerikaner nur an zehnter Stelle stehen und sich Afro- und Hispanoamerikaner den letzten Platz teilen.

Aus der Ferne sieht es so aus, als sei jeder dunkelhäutige Kandidat in den Vereinigten Staaten zum Sieg verdammt. Es ist jedoch die schwarze Minderheit, die Kamala eine böse Überraschung bereiten und gegen sie stimmen könnte. Das hat nicht nur mit Klassenhass zu tun, sondern auch damit, dass Schwarze und Inder sich historisch gesehen ungefähr so "lieben" wie Juden und Araber. Inder betrachten Schwarze als Menschen zweiter Klasse – bezeichnenderweise sagte Harris bei einem Treffen mit besonders talentierten jungen Menschen: "Was denn, seid ihr von der Kokospalme heruntergekommen?" Und dann folgt natürlich eine Abfuhr.

Andererseits ist Harris auch innerhalb ihrer Minderheit nicht besonders beliebt. Die wichtigste Affäre ihres Lebens, die es ihr ermöglichte, im Bett Karriere zu machen, war die mit einem verheirateten Mann afroamerikanischer Abstammung. Es handelte sich um den Bürgermeister von San Francisco, Willie Brown. In der Regel haben indische Männer sehr wenig schmeichelhafte Charakterisierungen parat für indische Mädchen, die Beziehungen mit schwarzen Männern eingehen.

Betrachtet man die Situation jedoch aus dem Blickwinkel jener "unbekannten Väter", die öffentliche Politiker wie Schachfiguren bewegen, so ist Harris einfach die perfekte Kandidatin für die US-Präsidentschaft. Eine kinderlose Frau (das auffallend hässliche Mädchen in ihrer Familie, das zum Fotomodel gemacht wurde, ist eine Adoptivtochter), völlig desinteressiert daran, in irgendeiner Weise für die Zukunft zu planen. Eine schwache Politikerin, die bei allen unbeliebt ist und allgemein verachtet wird. Keine Rednerin, unfähig, die Menge zu begeistern. Null Charisma, geistige Fähigkeiten unterhalb der Scheuerleiste. Sie ist ein Geschenk des Himmels, nicht wahr?

Dies ist eine vollständig kontrollierte, leicht zu manipulierende Marionette, die die Demokraten versuchen können zu manipulieren und irgendwie – sei es als Kadaver, sei es als ausgestopftes Tier – ins Weiße Haus hineinzuzwängen. Ja, das ist keine leichte Aufgabe. Aber sie haben es geschafft, Joe Biden ins Weiße Haus zu bringen, trotz seiner offensichtlichen kognitiven Schwierigkeiten und seiner ebenso offensichtlichen Probleme, genug Stimmen zusammenzubekommen.

Dies gilt umso mehr, als Kamala vom europäischen Establishment begeistert aufgenommen werden wird – sie leben nach dem Prinzip "egal wer, Hauptsache nicht Trump". Wenn sie Stimmen bekommt, wird die westliche Mainstream-Presse Harris zu ihrem Sieg gratulieren, selbst wenn Trump die Präsidentschaftswahlen gewinnt.

Heute wird Harris von den Clintons unterstützt – sowohl von Bill als auch und vor allem von Hillary, die sich auf ihre alten Tage gerne mit orientalischen Frauen umgibt (ihre Favoritin Huma Abedin ist beispielsweise die Tochter eines Inders und einer Pakistanerin). Barack Obama lehnt Harris' Nominierung als Präsidentschaftskandidat ab.

In verfahrenstechnischer Hinsicht hat er natürlich recht. Harris hat die Vorwahlen nicht als Präsidentschaftskandidatin gewonnen, sie wurde lediglich von Biden als solche empfohlen, und das ist ungenau. Es gab erst in den letzten Tagen entsprechende Äußerungen von ihm. Und wir wissen nicht wirklich, in welchem Zustand sich der Präsident der Vereinigten Staaten befindet oder ob er überhaupt noch lebt.

Aber dies ist eine nur zu bequeme Kandidatin für den "tiefen Staat", um einer solchen Kandidatin willen kann man über alle Formalitäten hinwegsehen. Vorläufig steht der Panzerzug "Kamala" auf dem Reservegleis. Aber wenn man ihn in Bewegung setzt, wird er mit voller Geschwindigkeit auf die Weltkatastrophe zusteuern. Es ist schwer zu glauben, dass eine solche Frau zu einer ausgewogenen, vernünftigen, unabhängigen Politik fähig sein wird. Aber dafür wird man ihr die schlimmsten Entscheidungen aufbürden können. Kamala, die Kichererbse, wird nicht zögern, ein nukleares Armageddon auszulösen, bis auf ein letztes Kichern.

Übersetzt aus dem Russischen. Zuerst erschienen am 24. Juli 2024 bei RIA Nowosti.

* * *

Neues von der Bundesnetzagentur oder: Wie sich Grüne Industriestrom so vorstellen

<https://dert.tech/meinung/213711-neues-von-bundesnetzagentur-oder-wie/>

27.07.2024

Viele Verlautbarungen aus grünen Ministerien oder ihrem behördlichen Umfeld werfen die Frage auf, ob nun der Leser verrückt ist oder doch der Autor. Die Bundesnetzagentur jedenfalls meint, Industrie könne sich an- oder abschalten, je nachdem, wie viel Ökostrom gerade da ist.

Von Dagmar Henn

Bei allem, was im Umfeld von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck entsteht, weiß man schon vorab, dass die Fratze des Wahns irgendwo hervorgrinst. Allerdings war die Presseerklärung, mit der die Bundesnetzagentur, eine "Bundesoberbehörde im Bereich des Bundeswirtschaftsministeriums", einst gegründet, um das privatisierte Telefonnetz zu betreuen, ihre Vorstellungen zur künftigen Stromversorgung der Industrie verkündete, schon ein ganz besonderes Schmankerl.

"Die alten Netzentgeltrabatte entsprechen nicht mehr den Anforderungen eines Stromsystems, das von hohen Anteilen erneuerbarer Stromerzeugung geprägt ist. Wir wollen zukünftig systemdienliches Verbrauchsverhalten der Industrie besonders anreizen. Industrie und Gewerbe sollen reduzierte Netzentgelte zahlen, wenn sie in Situationen mit hohem Stromangebot mehr Strom verbrauchen. Andersherum erhalten sie auch dann eine Reduktion der Netzentgelte, wenn sie in Zeiten eines knappen Stromangebots weniger Strom verbrauchen."

Klingt lustig, oder? Der Strompreis für die Industrie soll je nach Angebot steigen oder sinken, um damit einen "Anreizmechanismus" zu schaffen, dann Strom zu verbrauchen, wenn es besonders viel davon gibt.

Man könnte Wetten darüber abschließen, dass die Autoren dieses Plans in ihrem Leben noch keine Fabrik von innen gesehen haben. Schon gar keine große, einen von jenen mit Conti-Schichtsystem, die 24 Stunden am Tag in Betrieb sind. Oder ein Stahlwerk. Nicht einmal eines der von ihnen so herbeigesehten Elektrostahlwerke, die dann nur "grünen" Strom beziehen.

Weil sie sich wirklich einzubilden scheinen, eine moderne Industriegesellschaft könne so funktionieren wie Fronarbeit im Mittelalter – im Sommer wird gearbeitet, solange es hell ist, und im Winter eben gar nicht. Nicht zu vergessen, dass da dann der Wind auch noch eine Rolle spielt. Also vielleicht so wie Fronarbeiter in einer Windmühle im Mittelalter? Tagsüber und nur bei Wind?

Selbst vor vielen Jahrhunderten versuchte man bereits, halbwegs verlässliche, tageszeit- und wetterunabhängige Wege der Energieversorgung zu finden. Wassermühlen und Gesenkschmieden beispielsweise, oder durch Wassermühlen betriebene Sägewerke. Wahrscheinlich fragt man sich in der Bundesnetzagentur, warum nur, und hält es für natürlicher, einfach nur bei Sonne und Wind zu arbeiten.

Klar, die Aussage lautet nicht, dass der Strom abgedreht wird. Sie lautet nur, dass er teurer wird. Aber hinter jeder Produktion steht eine Kalkulation; Schichtsysteme rund um die Uhr gibt es, weil das billiger ist, als für denselben Ausstoß drei Fabriken zu bauen, die jeweils nur acht Stunden in Betrieb sind. Die Strompreise sind Teil dieser Kalkulation, und auch wenn in Deutschland wie in der EU gewisse Teile der Verwaltung ganz besoffen sind von der tollen Idee von Strombörsen

(denen die gewöhnlichen Einwohner die Hälfte ihrer Strompreisinfation verdanken), in Wirklichkeit mag es die Industrie zwar, wenn an den Aktienbörsen herumspekuliert wird, aber bei allen Dingen, die in die Produktion einfließen, egal, ob Rohstoffe, Hilfsmittel oder eben Energie, mag sie es, wenn die Preise vorab berechenbar und möglichst stabil sind.

Das hat einen einfachen Grund – es gibt eben eine Schwelle, ab der sich die Produktion nicht mehr lohnt. Das betet die chemische Industrie derzeit fast täglich vor, während sie ihre Fabriken schließt und verlagert. Und die Kriterien, wann sich das nicht mehr lohnt, sind vergleichsweise einfach. Wenn die Produkte zu teuer werden, dann die Anlage nicht ausgelastet ist und dieser Zustand länger anhält, beispielsweise. Oder wenn Zulieferer unzuverlässig werden.

Sie hätten es eigentlich lernen können, selbst die Mitarbeiter der Bundesnetzagentur oder ihre Vorgesetzten im Wirtschaftsministerium, als während Corona teilweise ganze Betriebe in der Automobilindustrie stillstanden, weil bestimmte Teile fehlten. Genau das würde eine derartige Regelung reihenweise produzieren, wenn Betriebe an irgendeinem Punkt der Lieferkette mal eben nicht produzieren, weil es gerade bewölkt, aber windstill war.

In den allerwenigsten Fällen ist Produktion so flexibel, dass sie tatsächlich spontan erhöht oder vermindert werden kann. Wie gesagt, da hat jemand noch nie eine Fabrik betreten. Es gibt zudem eine Reihe von Produktionsprozessen, die gar nicht unterbrochen werden können, Schmelzen zum Beispiel. Oder solche, deren Anfahren nach einer Unterbrechung eine Frage mindestens von Stunden ist. Die chemische Industrie ist da bestimmt auskunftswillig.

"Flexibilitätspotentiale" verspricht sich das Grünvolk. Und wie, bitte, wirkt sich das dann auf die Löhne aus, wenn der Laden mal läuft und mal steht, weil gerade "flexibel" wegen der Strompreise abgestellt wird? Wie sollen dann die Beschäftigten ihren Lebensunterhalt begleichen, ihre Miete zahlen? Mit der Bemerkung "war zu wenig Sonne"?

Sprachlich Überheblichkeit ausdrücken und klug tun, das können die Herren und Damen dieser Behörde vorzüglich. Abitur haben sie bestimmt. Eine kleine Kostprobe?

"Die genaue Austarierung des Anreizmechanismus hängt von den technischen Möglichkeiten der Industrie ab, Mengen- und Preisentwicklungen zu prognostizieren und flexibel darauf zu reagieren. Dabei soll keine Überforderung der Letztverbraucher erfolgen, sondern das tatsächlich vorhandene und künftig erreichbare Flexibilitätspotential realisiert werden."

Nur Verstand, Verstand haben sie keinen.

* * *

NATO schiebt Panik: Der Westen schürt die Angst vor einer angeblich drohenden russischen Vergeltung

<https://dert.tech/meinung/213566-nato-schiebt-panik-westen-schuert/>

28.07.2024

Die Aussichten des Westens in der Ukraine werden täglich düsterer. Von seiner Arroganz und Siegesgewissheit aus dem Jahr 2022 ist wenig übrig. Doch statt eigene Prämissen zu überprüfen und eine nüchterne Bilanz zu ziehen, strickt die NATO an neuen antirussischen Feindbildern, die ebenso verlogen sind wie die alten. Die Rüstungsindustrie freut's ...

Von Pjotr Akopow

Wir müssen uns auf einen Krieg in drei Jahren vorbereiten – denn egal wie der Konflikt in der Ukraine ausgeht, der Westen wird ein Problem mit Russland haben: Die Russen werden sich rächen wollen. Wenn der oberste britische Militäroffizier, Generalstabschef Roland Walker, solche Aussagen macht, ist das an sich schon aufschlussreich. Aber wenn am nächsten Tag General Christopher Cavoli, der Befehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa, praktisch das Gleiche sagt, wird es zu einem Trend: "Wir dürfen keine Illusionen nähren. Am Ende des Konflikts in der Ukraine, egal wie er ausgeht, werden wir ein sehr, sehr großes russisches Problem haben. Wir werden eine Situation haben, in der Russland seine Macht wiedererlangt hat, die Grenzen der NATO erreicht hat, angeführt von fast denselben Leuten, die wir jetzt haben, und sie werden überzeugt sein, dass wir der Feind sind, und sehr, sehr wütend."

Dass dies kein Zufall ist, bestätigt auch die Warnung des obersten deutschen Militärs, des Generalinspektors der Bundeswehr, Carsten Breuer: In fünf bis acht Jahren werden die russischen Streitkräfte mit Material und Personal ausgestattet sein, das eine Offensive gegen die NATO ermöglicht, und deshalb ist es notwendig, sich auf einen russischen Angriff auf die Länder des nordatlantischen Bündnisses in den nächsten fünf Jahren vorzubereiten.

Ja, Politiker und Generäle im Westen sprechen schon seit zwei Jahren davon, dass Russland die NATO angreifen könnte – dies ist eines der wichtigsten Argumente für die Notwendigkeit einer militärischen Unterstützung der Ukraine und den Wunsch, einen russischen Sieg zu verhindern. Aber jetzt gibt es eine sehr wichtige Änderung in der Rhetorik – es wird nicht mehr von einem fernen Zeitrahmen für einen russischen Angriff gesprochen, sondern von drei Jahren. Und es wird präzisiert, dass dies unabhängig vom Ausgang des Kampfes um die Ukraine geschehen könnte – das heißt, es stellt sich heraus, dass Moskau in jedem Fall angreifen wird. In seiner ersten Erklärung seit seinem Amtsantritt sagte General Walker, dass "es egal ist, wie es ausgeht. Ich denke, Russland wird aus diesem Krieg wahrscheinlich schwächer hervorgehen, objektiv oder absolut, aber es wird immer noch sehr gefährlich sein und eine Form der Rache für das suchen, was wir mit unserer Hilfe für die Ukraine getan haben."

Es ist klar, dass der britische General mehr Geld braucht, um die Armee zu stärken – er will deren Gefechtsfähigkeit bis 2027 verdoppeln und bis zum Ende des Jahrzehnts verdreifachen. Es ist klar, dass er nicht nur Russland einzuschüchtern versucht, sondern die gesamte "Achse des Umbruchs" (China strebt die Kontrolle über Taiwan an und Iran will Atomwaffen entwickeln), innerhalb derer Russland, China, Iran und die DVRK [Demokratische Volksrepublik Korea, Nordkorea; Anm. d. Red.] "gegenseitige Geschäftsbeziehungen aufgebaut und Waffen und Technologie ausgetauscht" haben. All dies ist verständlich – ebenso wie die Tatsache, dass Walker nicht formell von der Anzettelung eines Krieges spricht, sondern dass dieser nicht unmittelbar bevorsteht und die Armee "ausreichend Zeit" hat, sich vorzubereiten und einen Konflikt zu vermeiden ...

Aber unterm Strich will der General, dass die Royal Army ihre Kampffähigkeit bis zum Ende des Jahrzehnts verdreifacht, das heißt, es handelt sich um ein echtes Wettrüsten, dessen Hauptbegründung darin besteht, auf die "russische Bedrohung" zu reagieren. Die Tatsache, dass Russland die NATO nicht bedroht und sie auch nicht angreifen wird, ist für niemanden von Belang – wenn die Atlantiker sagen, dass es angreifen will, dann tut es das auch. Schließlich hat es die Ukraine angegriffen, die in die NATO aufgenommen werden wollte und aufgenommen werden sollte. Also wird es in naher Zukunft die NATO selbst angreifen. Und zwar unabhängig davon, wie der Krieg in der Ukraine ausgeht.

Und das ist die wichtigste Wendung des Themas, denn früher wurden die Akzente ganz anders gesetzt. Der Westen musste die Niederlage der Ukraine verhindern – sonst würde er das nächste Objekt eines russischen Angriffs werden. Das haben die Atlantiker gesagt, oder? Und jetzt stellt sich heraus, dass Russland so oder so eine Bedrohung sein wird – wie Cavoli sagte, werden wir,

egal wie es ausgeht, ein sehr großes russisches Problem haben. Walker vertritt denselben Standpunkt – egal wie es ausgeht, die Russen werden sich am Westen rächen.

Doch was bedeutet das? Wir haben es hier mit einer Kombination des Unvereinbaren zu tun: Der Westen will immer noch keinen direkten Konflikt mit Russland (die Gefahr eines Atomkriegs gefällt niemandem), ist aber noch nicht bereit, den Kampf um die Ukraine aufzugeben. Er weiß jedoch bereits sehr genau, dass von Grenzen keine Rede sein kann, weder von denen von 1991, noch nicht einmal von denen vom Februar 2022 – selbst die derzeitige Frontlinie wird nicht halten können, sodass der Westen sehr bald damit beginnen wird, Kiew öffentlich zum Frieden zu zwingen. Aber damit es für die Atlantiker selbst nicht nach Gesichtsverlust aussieht, wird die These von der Notwendigkeit, Russland an den fernen Grenzen einzudämmen und die Rüstungsproduktion, die Verteidigungsausgaben und die Zahl der Armeen weiter zu erhöhen, intensiv propagiert werden. Sehen Sie, die Russen wurden am Dnjepr aufgehalten, nicht an der Donau oder der Oder – aber wir sind nicht naiv, wir bauen unsere militärische Macht weiter aus, um eine Invasion in Europa abzuwenden.

Doch die Realität sieht ganz anders aus: Nicht die Russen sind in Europa eingefallen, sondern der Westen hat versucht, sich einen Teil der russischen Welt einzuverleiben. Und er versucht es noch immer – indem er die Tragödie der Spaltung eines geeinten Volkes und eines geeinten Landes für seine eigenen Interessen nutzt. Aber die Russen werden ihre Einheit ohnehin wiederherstellen – und was passiert dann? Wie Walker sagte: "Das Entscheidende ist, dass sie gerade dann, wenn man denkt, dass sie besiegt sind, rachsüchtig zurückkommen." Die Russen sind wirklich kein rachsüchtiges Volk, aber wir haben mit den Angelsachsen noch eine große Rechnung offen, selbst wenn wir nur die Fälle ihrer direkten Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten betrachten. Und wir sollten nicht dazu gezwungen werden, ihnen die Rechnung zur Bezahlung zu präsentieren.

Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 25. Juli 2024 bei RIA Nowosti erschienen.

* * *

Wiederholungszwang: Deutschland zweifelt erneut Wahl in Venezuela an

<https://dert.tech/meinung/213943-wiederholungszwang-deutschland-zweifelt-erneut-wahl/>

29.07.2024

Bereits im Jahr 2019 hatte sich die deutsche Politik in eine Sackgasse manövriert, als sie die Wahl von Präsident Maduro nicht anerkannte. Dies scheint sich nun zu wiederholen. Deutschland unterstützt erneut die rechtsgerichtete Opposition in Venezuela. Auch das sagt viel über Deutschland.

Von Gert Ewen Ungar

US-Außenminister Antony Blinken gab den Ton vor und das Auswärtige Amt folgte den Vorgaben aus Übersee prompt.

Im Hinblick auf den Wahlausgang der Präsidentschaftswahlen in Venezuela sagte Blinken, "wir haben große Zweifel daran, dass das veröffentlichte Ergebnis den Willen des venezolanischen Volkes widerspiegelt".

Das Echo aus Deutschland folgte mit nur geringer Verzögerung. "Die Veröffentlichung des Wahlergebnisses reicht nicht aus, um Zweifel an der Stimmenauszählung in Venezuela auszuräumen", schreibt das Auswärtige Amt auf dem Kurznachrichtendienst X. Und dann werden

in dem für die deutsche Außenpolitik typischen Kolonialherren-Ton noch einige Forderungen nachgeschoben.

Ja, Venezuela hat gewählt und nach kollektiv westlicher Ansicht wieder einmal den falschen Präsidenten. Der Sozialist Nicolás Maduro wurde ein weiteres Mal im Amt bestätigt. Das will man nicht hinnehmen und mischt sich in die inneren Angelegenheiten des Landes ein. Man glaubt sich dazu im Recht, denn die eigenen geopolitischen Interessen gehen schließlich vor. Zumindest scheint man das im Baerbock-Ministerium zu denken.

Es droht eine Wiederholung der Schmach von 2019, als Deutschland ebenfalls den Vorgaben aus Übersee folgte und die Wahlen in Venezuela nicht anerkannte. Der rechte Oppositionspolitiker Juan Guaidó erklärte sich zum eigentlichen Wahlsieger, scheiterte mit einem Putschversuch und floh schließlich aus dem Land.

Deutschland und die EU haben Guaidó als Interimspräsidenten anerkannt und sich damit in eine außenpolitische Sackgasse manövriert, denn die Staatsgewalt in Venezuela wurde weiterhin von Maduro und seiner Regierung, nicht aber von Guaidó ausgeübt. Mit der Anerkennung Guaidós hatte man sich den Zugang zu den tatsächlichen politischen Repräsentanten Venezuelas verbaut.

Wegen der persönlichen Unterstützung des Putsches gegen die Regierung wurde zudem der deutsche Botschafter des Landes verwiesen. Viel gründlicher kann man sein Ansehen wohl kaum ruinieren, außer dadurch, dass man den Vorgang eins zu eins wiederholt. Doch danach sieht es nun aus.

Das Auswärtige Amt stellt sich erneut auf die Seite der immer noch scharf rechtsgerichteten Opposition. Nach allem, was war, stellt sich die Frage, ob das Auswärtige Amt tatsächlich glaubt, dass man in Venezuela auf irgendwelche Forderungen ausgerechnet aus Deutschland überhaupt reagieren wird. Deutschland hat bei der Wahl 2019 hoch unprofessionell gehandelt und tut es jetzt wieder. Ohne eigene Akzentsetzung folgt es einfach den Vorgaben aus den USA, stößt ins gleiche Horn und übersieht dabei, dass sich das politisch völlig unbedeutende Deutschland jene Dinge eben nicht erlauben kann, die man von den USA aufgrund ihrer noch bestehenden Machtfülle notgedrungen hinnehmen muss.

Aber noch etwas ist auffällig. Die deutsche Politik macht mit wirklich jedem rechten, nationalistischen und rassistischen Geschmeiß in der Welt gemeinsame Sache. Während man sich im Inland populistisch zum Kampf gegen Rechts bekennt, fördert man im Ausland rechte und nationalistische Agenden. Auch in Venezuela ist die eigentliche starke Figur hinter dem Oppositionskandidaten Edmundo González eine knallhart rechte Hardlinerin. María Corina Machado konnte wegen einer Verurteilung aufgrund von Korruption selbst nicht zu den Wahlen antreten. Wegen der Annahme von Geldern aus den USA wurde sie bereits 2004 wegen Landesverrats angeklagt. Machado ist eine typische US-Marionette, ausgerüstet mit einer neoliberalen wirtschaftspolitischen Agenda und rassistischen Ansichten gegenüber der indigenen Bevölkerung und gegenüber Menschen mit schwarzer Hautfarbe. Machado schreckt auch vor der Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Forderungen nicht zurück. Ideale Eigenschaften, um sich für die Unterstützung durch das deutsche Außenministerium zu qualifizieren.

Ob Israel, die Ukraine oder Venezuela – die Liste ließe sich verlängern, zeigt aber schon in dieser Kürze: Die deutsche Außenpolitik unterstützt jedes rechte Regime und jede rechtsgerichtete Opposition in der Welt. Die deutsche Politik schaut bei Genoziden höflich weg und positioniert sich einseitig an der Seite von Nationalisten gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerungen. Ziel ist dabei immer die Unterordnung dieser Länder unter eine westliche Agenda, die eben genauso

rechtsgerichtet ist.

An der deutschen Außenpolitik ist der rechte, imperialistische Geist Deutschlands klar zu erkennen. Es hat sich in den letzten Dekaden in der deutschen Politik erstaunlich wenig geändert. In Venezuela wird man die deutschen Forderungen absehbar ignorieren – und das ist gut so.

* * *

Lettland tritt die Erinnerung an diejenigen mit Füßen, die ihr Leben für seine Freiheit gaben

<https://dert.tech/meinung/213858-lettland-tritt-erinnerung-an-diejenigen/>

30.07.2024

Vor achtzig Jahren, am 27. Juli 1944, befreite die sowjetische Armee den östlichen Teil von Lettland. Vor nicht allzu langer Zeit war dieses Datum ein Feiertag für die Einheimischen. In jüngster Zeit werden diejenigen, die den Jahrestag der Befreiung öffentlich begehen wollen, mit Gefängnis bedroht.

Von Nikita Demjanow

Die Offensivoperation an der Baltischen Front vom 10. bis 27. Juli 1944 verlief rasch. In nur 17 Tagen befreiten die aus Russland und Weißrussland vorrückenden Truppen der sowjetischen 1. und 2. Baltischen Front unter dem Kommando von Generaloberst Iwan (Howhannes) Baghramjan und Andrei Jerjomenko das 190–200 Kilometer nordwestlich gelegene Gebiet, durchbrachen fünf deutsche Verteidigungslinien und befreiten 5.261 Siedlungen.

Den sowjetischen Soldaten stand eine schlagkräftige Truppe unter dem Kommando der berühmten Hitler-Kommandeure Johannes Friesner, Ferdinand Schörner und Paul Laux gegenüber. Die von ihnen vorbereiteten Verteidigungslinien umfassten zahlreiche technische Anlagen, Minenfelder und Artilleriestellungen, die im Voraus beschossen wurden.

Generaloberst Jerjomenko sah seine Hauptaufgabe in der Zerschlagung der deutschen Verbände, die sich in der Gegend von Opotschka, Idriza und Sebesch konzentrierten.

Nachrichtendienstliche Erkenntnisse ergaben, dass die Nazis beabsichtigten, den Großteil ihrer Truppen aus diesem Gebiet nach hinten abzuziehen. Unter diesen Umständen war schnelles Handeln gefragt – und Jerjomenko übernahm die Verantwortung. Er riskierte dabei nicht nur seine Karriere, sondern im Falle eines Scheiterns konnten die Folgen für einen zu weitsichtigen militärischen Befehlshaber bedauerlich sein.

Ohne Zeit für die Koordinierung mit Moskau zu verlieren, ordnete er an, die Offensive früher als geplant und am Abend zu beginnen (normalerweise beginnen sowjetische Offensiven am Morgen). Am 10. Juli um 19:00 Uhr begann eine Artilleriesvorbereitung, nach der die nördliche Gruppierung der 2. Baltischen Front gegen den Feind anstürmte.

Das Risiko hat sich voll und ganz gelohnt. Die Deutschen hatten so früh nicht mit einer Offensive gerechnet – und ließen sich bei der Verlegung ihrer Einheiten überrumpeln. Dadurch konnten die sowjetischen Vorstoßbataillone die gegnerischen Schützengräben rasch besetzen. Jerjomenko ließ es nicht zu, dass die Nazis langfristige Verteidigungslinien aufbauen konnten. Am 12. Juli wurden die Städte Idriza und Drissa (heute Werchnedwinsk), am 13. Puschkinskie Gory, am 15. Opotschka und am 17. Sebesch eingenommen. Dann erreichte die Front die Grenzen der Lettischen SSR.

Das 130. Lettische Schützenkorps unter Generalmajor Detlaw Brantkaln beteiligte sich an der Offensive auf das von den Nazis besetzte Lettland – für seine Kämpfer war es der Beginn der Befreiung des Heimatlandes. Jerjomenko schreibt in seinen Memoiren:

"In den Kompanien und Bataillonen wurden Versammlungen abgehalten. Die Soldaten legten einen Eid ab, selbstlos für die Befreiung ihres Heimatlandes vom faschistischen Abschaum zu kämpfen."

Die Einwohner Lettlands begrüßten die Befreier freudig.

"Entlang der Straßen, an denen die Einheiten vorbeikamen, versammelten sich die Einwohner, um die sowjetischen Soldaten zu begrüßen. Viele Soldaten und Kommandeure fanden ihre Verwandten und Freunde in den befreiten Höfen wieder", so Jerjomenko.

Zunächst wurde Daugavpils (früher Dwinsk), die zweitgrößte Stadt Lettlands, befreit. Bezahlt wurde dies mit dem Leben vieler sowjetischer Soldaten. Erinnerung sei beispielsweise an die Hauptleute Konstantin Orłowski und Iwan Moros, die Bataillone der 41. Panzerbrigade des 5. Panzerkorps befehligten.

In acht Tagen kämpften sich ihre Bataillone rund 300 Kilometer durch Latgale. Orłowski fiel am 22. Juli 1944, Moros am 28. Juli. Im Jahr 1944 wurde ihnen in dem Dorf Malinowa, in dessen Nähe sie starben, ein Denkmal errichtet, das 78 Jahre lang stand und 2022 von den lettischen Behörden im Rahmen ihres Kampfes gegen sowjetische Denkmäler abgerissen wurde.

Während der Nazi-Besatzung richteten die Nazis in der Stadt ein jüdisches Ghetto und ein Konzentrationslager für sowjetische Kriegsgefangene, Stalag 340, ein. Die Hitleristen folterten dort 124.000 Kriegsgefangene und mehr als 15.000 Juden.

Am 27. Juli 1944 endete die Zeit dieses Albtraums. Daugavpils wurde durch einen koordinierten Angriff der Flankenarmeen der 1. und 2. Baltischen Front eingenommen. Die 87 Kilometer von Daugavpils entfernte Stadt Rēzekne (alter Name: Reschiza) wurde am selben Tag befreit.

Dies war das Ende der Operation Reschiza-Dwina. Neben der Befreiung eines großen Gebietes kostete sie den Feind 60.000 Tote und 6.000 Gefangene. Die sowjetische Armee verlor 12.880 Mann an unwiederbringlichen Verluste und 45.115 Mann an sanitären Verlusten.

Das Andenken an die Befreier wurde mit Denkmälern gewürdigt, von denen die meisten im Herbst 2022 zerstört wurden. In Rēzekne wurde insbesondere der auf dem Hauptplatz der Stadt stehende "Aljoscha" demontiert – er wurde abgerissen, obwohl der Bürgermeister der Stadt, Aleksandrs Bartaševičs, strikt dagegen war (er bezahlte später für sein freies Denken). In Daugavpils wurden zwei Denkmäler liquidiert, obwohl der Bürgermeister Andrejs Elksniņš auch hier dagegen war. Die Einwohner von Daugavpils, die versuchten, gegen den legalisierten Vandalismus zu protestieren, wurden verhaftet.

Wie durch ein Wunder hat Daugavpils bis heute das Denkmal für die Befreier im Dubrowinski-Park erhalten, wo die Ewige Flamme brennt – die einzig verbliebene in den baltischen Staaten. Dort ruht die Asche der gefallenen Befreier. Das Denkmal wurde bisher nicht angetastet, da das 2022 verabschiedete Gesetz über den Abriss von Denkmälern für sowjetische Soldaten nicht für Denkmäler gilt, die direkt auf Grabstätten errichtet wurden.

Aber vielleicht ändert sich das ja bald – vor kurzem hat die Stadt Ludza, die sich an einem ähnlichen Denkmal auf Soldatengräbern stört, einen Vorschlag unterbreitet, um auch mit solchen

Objekten umzugehen. Der lettische Präsident Edgars Rinkēvičs schlug vor, die Angelegenheit an das Parlament zu verweisen. Unterdessen wurde in der lettischen Stadt Viljaka ein Denkmal für sowjetische Partisanen abgerissen. Es wurde auch für einen Grabstein gehalten, aber die Behörden sagten, dass angeblich keine Überreste in der Nähe gefunden worden seien.

Einst wurde der 9. Mai in Lettland landesweit gefeiert: mit einem Umzug von mehreren Tausend Menschen im Rahmen des "Unsterblichen Regiments" und einem Feuerwerk. Auch der Tag der Befreiung der Stadt am 27. Juli war ein denkwürdiges Datum für die Bürger von Daugavpils, es wurden alljährliche Festveranstaltungen im Dubrowinski-Park abgehalten. Heutzutage sind öffentliche Feiern zum Gedenken an diese Daten mit Gefängnis bedroht. Und vielleicht ist es gut, dass die Veteranen, die direkt an der Befreiung von Daugavpils beteiligt waren, dies nicht mehr erleben: die Letzte von ihnen, Klawdija Jefimowa, ist im Januar 2018 verstorben.

Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 27. Juli in der Zeitung Wsgljad erschienen.

* * *

Die Atomtod-Gefahr ist zurück: NATO raus – und raus aus der NATO!

<https://dert.tech/meinung/214030-atomtod-gefahr-ist-zurueck-nato/>

31.07.2024

Das Gedenken am 6. August an den weltweit ersten Atombombenabwurf durch die USA 1945 über dem japanischen Hiroshima sowie zum Antikriegstag am 1. September anlässlich des deutschen Angriffs auf Polen 1939 steht in diesem Jahr unter besorgniserregenden Vorzeichen.

Von Klaus Hartmann

Während der "kollektive Westen" in der Ukraine einen Stellvertreterkrieg gegen Russland führt, erzählen die NATO-Propagandisten über "alarmierende Aussagen von Russland, in denen es für den Fall einer als Bedrohung wahrgenommenen Entwicklung des Krieges den Einsatz von Massenvernichtungswaffen ankündigt."

Wenn von russischer Seite vor der Gefahr gewarnt wird, dass immer neue Waffenlieferungen an die Ukraine die Gefahr einer direkten Kriegsbeteiligung der NATO-Staaten und der Eskalation zum 3. Weltkrieg mit dem Einsatz von Atomwaffen heraufbeschwören, wird diese Warnung von den NATO-Regierungen und ihren Medien zu "Russland droht mit einem Atomkrieg" verdreht.

Dem gegenüber stellt die Initiative Naturwissenschaftler/innen für den Frieden fest:

"Bei ihrem 75. Geburtstag in Washington unter Leitung des noch älteren US-Präsidenten Joe Biden beschwor die NATO den Geist des Kalten Krieges. Um ihre Existenz zu rechtfertigen und die westliche Hegemonie unter Führung der USA gewaltsam aufrechtzuerhalten, riskieren sie einen Aufrüstungskurs, der die Welt an den Rand des Atomkriegs bringt."

Die Bundesregierung hält am Konzept der "nuklearen Teilhabe" fest, gemäß dem die US-Truppen die auf dem Fliegerhorst Büchel in der Eifel gelagerten Atombomben "im Ernstfall" von der Bundeswehr nach Osten tragen und abwerfen lassen, mit 35 neu bestellten F-35-Kampffjets anstelle der bisherigen Phantom-Bomber.

Neue Raketen? – "Sehr gute Entscheidung"

"Am Rande" des NATO-Gipfels im Juli 2024 gaben Bundeskanzler Scholz und Außenministerin Baerbock bekannt, dass sie (auf Geheiß der USA) eine "Vereinbarung" unterzeichnet hätten: Ab 2026 wollen die USA neue Mittelstreckenraketen in Deutschland stationieren, die Ziele in Russland treffen können: Tomahawk-Marschflugkörper, Reichweite über 1.000 Kilometer, ballistische SM-6-Raketen, Reichweite unter tausend km, sowie Hyperschallraketen Dark Eagle, Reichweite über 2.500 km mit extrem verkürzter Vorwarnzeit.

Das bedeutet ein Zurück in die Zeit von 1979, als die NATO die Stationierung der US-Atomraketen Pershing II und Cruise-Missiles beschloss, bis der INF-Vertrag 1987 Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von 500 bis 5.500 km und Abschussvorrichtungen in Europa verbot.

Nachdem, entgegen 1990 gegebener Versprechen, die NATO immer weiter nach Osten gegen Russlands Grenzen vorgerückt war, ließ US-Präsident Obama unter Verletzung des INF-Vertrags mit Cruise-Missiles bestückte Aegis-Systeme auf Schiffen sowie seit 2013 in Rumänien und Polen installieren. Im Jahr 2019 kündigte Präsident Trump den INF-Vertrag schließlich formell auf. Trotz der eindeutigen Faktenlage behauptet Kriegsertüchtiger Pistorius, Russland habe den Vertrag außer Kraft gesetzt.

Bereits 2017 wurde in der Wiesbadener Clay-Kaserne im Stadtteil Mainz-Erbenheim eine Multi-Domain Task Force aufgestellt, und als deren Teil 2021 das 56. Artilleriekommando wieder in Dienst gestellt – es war bis zu seiner Auflösung 1991 infolge des INF-Vertrags für die US-Atomraketen zuständig. Von Wiesbaden aus will die NATO auch die Waffenlieferungen in die Ukraine koordinieren.

Wohl deshalb sagte Scholz zur neuen Raketenstationierung in Deutschland, "diese Entscheidung ist lange vorbereitet und (...) keine wirkliche Überraschung", es sei eine "sehr gute Entscheidung". Sie bedeutet, so, die Naturwissenschaftlerinitiative, "dass eine nukleare Großmacht die Zentren der anderen von externem Territorium auf kurze Distanz treffen kann, und dass Russland im Ernstfall davon ausgehen könnte, von deutschem Boden mit kurzer Vorwarnzeit angegriffen zu werden, mit oder ohne Atomwaffen."

So wird Deutschland wie schon im Kalten Krieg mögliche Abschussrampe, Zielscheibe und Schlachtfeld eines Atomkriegs. Dafür trägt der Bundeskanzler die volle Verantwortung, seine Zustimmung ist eine nachträgliche Rechtfertigung militärischer Planungen der USA. Sie erfolgte ohne öffentliche Debatte oder demokratische Legitimation, was Fragen der nationalen Souveränität gegenüber der Besatzungsmacht USA aufwirft.

Die jetzt offenkundig gewordenen Militär-Planungen lassen erkennen, warum USA und NATO den Vorschlag Russlands vom Dezember 2021 abgelehnt haben, ein Abkommen über garantierte gleiche Sicherheit für beide Seiten zu schließen.

Die letzte Botschaft des in diesem Juni verstorbenen Friedenskämpfers Wolfgang Jung lautete:

"Wenn die Bewohner Deutschlands, besonders die, die in dieser Region leben, sich nicht endlich selbst DAGEGEN aufzulehnen beginnen, werden sie und ihre Kinder mit den Kriegstreibern und denen, die unser Land wieder 'kriegstüchtig' machen wollen, untergehen."

"Nukleare Teilhabe" beenden!

Keine neuen Mittelstreckenraketen, Abzug der Atomwaffen in Büchel, Schließung der Kriegsdrehscheibe Ramstein – durch:

Kündigung des NATO-Truppen-Stationierungs-Vertrages!

Keine deutschen Waffen, die wieder auf Russen schießen – Frieden und Zusammenarbeit mit Russland!

Klaus Hartmann ist stellvertretender Bundesvorsitzender des Deutschen Freidenker-Verbandes.

* * *

Wahr oder nicht wahr? Was sich in Deutschland im August ändert

<https://dert.tech/meinung/214275-was-sich-in-deutschland-im/>

01.08.2024

Die Welt sieht großen Umbrüchen entgegen. Und da Deutschland quasi der Bauchnabel der Welt ist, machen auch dort Veränderungen einen Teil des Lebens aus. Wir laden Sie zu Ihrer Einschätzung ein: Was an den folgenden Neuerungen ist wahr und was erfunden?

Eine Glosse von Tom J. Wellbrock

Starten wir direkt durch mit der Jugend, dem Schatz eines jeden Landes:

- Seit dem 1. August 2024 haben alle jungen Menschen das Recht auf einen außerbetrieblichen Ausbildungsplatz. Sie müssen lediglich in einer Gegend wohnen, in der es kaum Ausbildungsplätze gibt. Die Bundesagentur für Arbeit entscheidet, welche Regionen das sind. Die betroffenen jungen Menschen werden unter dem Begriff "marktbenachteiligte Jugendliche" geführt.

Kommen wir zu unserer queeren Gemeinschaft, für die es gute Neuigkeiten gibt:

- Bekanntermaßen können transgeschlechtliche, nicht-binäre und intergeschlechtliche Menschen Name und Geschlecht beim Standesamt ändern lassen. Dies geht ohne lästige Atteste oder Gutachten. Das Selbstbestimmungsgesetz, das im November in Kraft tritt, wird jedoch mit Beginn des Augusts um einen Punkt erweitert: So können Männer sich als Frauen identifizieren und dies in ihrem Pass eintragen lassen. Trotz des neuen Geschlechts können sie aber einen männlichen Namen wählen (gilt umgekehrt für Frauen auch). Das Ziel dahinter ist noch mehr Vielfalt und Freiheit.

Es gibt auch eine wichtige Änderung für Hausbesitzer:

- Ab 1. August gilt die "Regenrinnenabflusssteuer". Was sperrig klingt, ist eigentlich ganz einfach. Hausbesitzer, die unter ihrer Regenrinne eine Regentonne aufstellen, sind von dieser Steuer nicht betroffen. Wer dagegen auf die Tonne verzichtet, muss künftig eine Steuer entrichten, deren Höhe sich nach der durchschnittlichen Niederschlagsmenge des jeweiligen Monats in seiner Region richtet.

Neues gibt es auch bei der Einspeisevergütung für Photovoltaikanlagen. Sie sinkt ein wenig, aber insgesamt ist alles im grünen Bereich. Die Bürger müssen sich nur ein paar Kleinigkeiten merken:

- Bürger mit einer Überschusseinspeisung und einer Anlagenleistung von bis zu 10 kWp erhalten 8,11 Cent/kWh, für Anlagen mit einer Leistung von bis zu 40 kWp beträgt sie 7,03 Cent/kWh und für Anlagen bis 100 kWp 5,74 Cent/kWh. Nachdem die Einspeisevergütung im Februar bereits gesunken war, ist jetzt die nächste Runde dran. Das Gute für Verbraucher: Es zeichnet

sich eine gewisse Kontinuität ab.

Besitzer von E-Autos können sich freuen. Künftig gibt es einen Zuschuss bei Reparaturen der Stromer:

- Da die Reparaturkosten für E-Autos im Schnitt um 30 bis 35 Prozent höher sind als bei Verbrennern, führt die Bundesregierung die "E-Wiederherstellungspauschale" ein. Diese kann beim Ministerium für Wirtschaft und Klimaschutz beantragt werden, sie beträgt pauschal 19 Prozent der Kosten für die Reparatur. Diese muss in einer Vertragswerkstatt durchgeführt werden, Verschleißteile sind ausgeschlossen. Für Fahrzeuge von Tesla kann die Pauschale nicht beantragt werden.

Baden-Württemberg hat eine Insektenzählung ins Leben gerufen:

- Die Bürger Baden-Württembergs sind aufgerufen, alles zu zählen, was krabbelt und fliegt. Der Naturschutzbund Deutschland (NABU) will in einer Mitmach-Aktion Insekten zählen lassen. Der Fokus liegt auf der rot-schwarzen Feuerwanze. Zulässige Zählweisen sind die mit einer Lupe oder Fernglas.

Fehlt noch der Rausch am Steuer. Ungeachtet des Chaos rund um die Legalisierung von Cannabis und losgelöst von der Möglichkeit, dass eine neue Bundesregierung das Gesetz wieder kippt, wird nun eine Obergrenze im Straßenverkehr festgelegt:

- Wer bekifft Auto fährt, darf die Grenze von 3,5 Nanogramm Tetrahydrocannabinol (THC) im Blutserum nicht überschreiten. Wer das dennoch tut, muss mit einem Bußgeld bis 3.000 Euro rechnen. Die Bundesregierung arbeitet an einem Gerät, das den THC-Wert messen kann, sodass jeder Autofahrer selbst regulieren kann, ob er den nächsten Joint noch raucht oder nicht.

Wenn die Leser dieses Textes sich am Raten beteiligen wollen, welche Neuerung wahr ist und welche nicht, wäre es schön, wenn sie auf die Hilfe durch Google verzichten würden. Sonst macht es ja keinen Spaß.

Tom J. Wellbrock ist Journalist, Sprecher, Podcaster, Moderator und Mitherausgeber des Blogs *neulandrebell*.

* * *

Diese Auswahl von Texten, die RT DE im Juli/August 2024 veröffentlicht hat, enthält außer den Links zu den jeweiligen Erstveröffentlichungen der Beiträge auf RT DE keine weiteren Verlinkungen zu Quellen oder anderen Materialien. Solche Verweise sind lediglich in der betreffenden Online-Version des jeweiligen Artikels vorhanden.

© Autonome gemeinnützige Organisation "TV-Novosti", 2005–2024. Alle Rechte vorbehalten.